



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

■ ANALYSE		
Gazprom und die EU-Regeln des Binnenmarktes – auch eine politische Frage		2
Kirsten Westphal, Berlin		
■ ANALYSE		
Die Wirtschaftspolitik der belagerten Festung		
Das Glasjew-Programm		6
Roland Götz, Berlin		
■ ANALYSE		
Die Russland-Sanktionen der Europäischen Union: Feigenblatt oder politischer Trumpf?		12
Monika Wohlmann, Düsseldorf		
■ STATISTIK		
Die Entwicklung der russischen Wirtschaft nach den Angaben des BOFIT		18
■ UMFRAGE		
Die Wirtschaftslage Russlands in den Augen der Verbraucher		20
<hr/>		
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
»Kascha«		
Oder: Am Anfang war die Sowjetunion		26
Jens Siegert, Moskau		
<hr/>		
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Terroranschlag in Paris		28
<hr/>		
■ CHRONIK		
6.–19. November 2015		32

Gazprom und die EU-Regeln des Binnenmarktes – auch eine politische Frage

Kirsten Westphal, Berlin

Zusammenfassung

Unter dem Eindruck der Krise um die Ukraine, der damit verbundenen Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Russland sowie der Sanktionen des Westens wird häufig übersehen, dass sich schon vor 2014 die Streitpunkte zwischen Russland und der EU beim Erdgashandel mehrten. Sie resultierten vor allem aus der Umsetzung des Dritten Binnenmarktpaketes für Energie. Denn die Regulierung des EU-Gasmarktes stellt ein Instrument der Kommission dar, mit dem die Marktmacht von Gazprom beschnitten werden kann. Dabei wurde auch aus politischen Motiven regulatorisch immer wieder nachjustiert. Momentan bildet die Krise um die Ukraine die (vielleicht entscheidende) Folie für die Neugestaltung: Während die EU-Kommission den Transit durch die Ukraine bewahren will, möchte Russland das Land umgehen. Dabei bedarf es vor allem des politischen Willens von beiden Seiten, um tragfähige Lösungen zu finden.

Die Binnenmarktpakete – eine echte Zäsur (für alle Marktakteure)

Für eine Einordnung der Konfliktpunkte im Rahmen des EU-Binnenmarktpaketes ist eine historisch angelegte Betrachtung des Erdgasbinnenmarktes notwendig, um den tiefgreifenden Umbruch und den Systemwechsel darzustellen, der alle Marktakteure erfasst hat. Seit der Verabschiedung der ersten Richtlinie von 1998 (Richtlinie 98/30/EC), des Zweiten (2003/55/EC) und des Dritten Binnenmarktpaketes 2009 (2009/73/EC), das 2011 in Kraft trat, befinden sich die Gasmärkte in der EU in einem tiefgreifenden Wandel. Das alte Modell eines staatlich-dominierten und regional monopolisierten nationalen Gasmarktes basierend auf festen Lieferbeziehungen, vertikal-integrierten Gasunternehmen und einer Preisbildung in Anlehnung an Konkurrenzenergien (z. B. Heizöl) wurde abgelöst durch das Leitbild eines effektiven und integrierten Wettbewerbsmarkts.

Den EU-Binnenmarkt kennzeichnet seine geographisch und geologisch bedingt hohe und zunehmende Importabhängigkeit von wenigen großen Gasexporteuren. Die grenzüberschreitende Gasinfrastruktur ist historisch in ihren Kapazitäten, Flussrichtungen und Streckenverläufen gewachsen. Dahinter standen große Importprojekte und die dazu gehörige Infrastruktur, die über Langfristverträge in ihrer Wirtschaftlichkeit abgesichert wurde. Das traditionelle Handelsmodell von langfristigen Verträgen über 15 bis 30 Jahre, mit einer Übernahme der Gasmengen an der Grenze, die in einigen Fällen an Destinationsklauseln für den jeweiligen Markt gebunden war, passte nicht länger zum liberalisierten Erdgasmarkt in der EU. An den Ölpreis gebundene Langzeitverträge mit einer festen Vorhalteverpflichtung für den Lieferanten und einer Mindestabnahmeverpflichtung für den Importeur von traditionell 75 bis 85 Prozent der vereinbarten Menge, die auch bei

Nichtabnahme bezahlt werden musste, ließen nämlich weder viel Raum, noch boten sie viel Anreiz für Diversifizierung. Deswegen begann die EU-Kommission die Rahmenbedingungen für kurzfristige Transaktionen und Gas-gegen-Gas-Wettbewerb voranzutreiben und die Langfristverträge wettbewerbsrechtlich zu überprüfen.

Neben den Langfristverträgen gerieten auch die vertikale Integration von Firmen und der Zugang zu den Gasnetzen in den Fokus. Das Netz war einer der Hauptansatzpunkte. Um mehr Wettbewerb zu schaffen und die Markteintrittschancen zu erhöhen, sollte ein Zugang für Dritte ermöglicht werden. Die Gasnetze wurden (ähnlich wie bei Telekommunikation und Strom) aus den integrierten Unternehmen herausgelöst (entflochten), also von Förderung/Import und Zwischenhandel/Vertrieb getrennt und unabhängigen Netzbetreibern (TSOs) zugeordnet. Nationale Regulierungsbehörden sind für die Durchsetzung des diskriminierungsfreien Netzzugangs und die Überwachung der Entgelte verantwortlich. In jüngster Zeit wurden die Regeln durch mehrere bindende europäische Regulierungen (Netzwerkcodes) stärker harmonisiert.

Mit den Reformen hat die EU-Kommission mehr Zuständigkeiten gewonnen und nationale Handlungsspielräume sind gesunken. Ihre Hebel im liberalisierten Markt sind Regelsetzung und Regulierung. Im Zuge dessen sind eine ganze Reihe von Untersuchungen, Verstoß- und Kartellverfahren erfolgt. Das Kartellverfahren gegen Gazprom, das im September 2012 – nach Durchsuchungen von Büros von Gazprom und anderen Gasversorgern ein Jahr zuvor – eröffnet wurde, ist nur ein Beispiel.

Der (Sonder)Fall Gazprom

Das regulatorische Umfeld und die Geschäftsgrundlagen haben sich für alle Marktakteure geändert. Im Unterschied zu Norwegen und Algerien, deren Export-

pipelines zumeist direkt in ihrem Hauptabsatzmarkt anlanden, musste sich Gazprom nach Auflösung der Sowjetunion und des »Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe« (COMECON) auf den Transit durch mehrere Länder stützen, um seine Verpflichtungen z. B. gegenüber den deutschen Vertragspartnern erfüllen zu können. Darüber hinaus hat nur Gazprom noch viele Langzeitverträge laufen, die bis über 2025 hinausreichen. Da mit dem Dritten Binnenmarktpaket die Transportkapazitäten in den Netzen auf Basis veröffentlichter Tarife diskriminierungsfrei vergeben werden sollte und ein Teil der Kapazitäten nur noch zeitlich und mengenmäßig begrenzt gebucht werden konnte, fürchtete Gazprom, dass eine Erfüllung seiner Langzeitlieferverträge nicht mehr gewährleistet sein könnte.

Umgesetzt werden die Vorgaben in den sogenannten Netzcodes, die unter anderem die Abstimmung zwischen den Netzbetreibern an den Grenzübergangspunkten, die Vergabe von Transportkapazitäten an diesen Punkten und den Umgang mit Engpässen regeln sollen. Dabei wurden lange Übergangsfristen geschaffen, und der Netzcode für Kapazitätsallokation, der am 1. November 2015 in Kraft tritt, schützt bestehende Liefer- und Transportverträge. Bis zu 80 Prozent der verfügbaren Kapazität dürfen nach wie vor langfristig (bis auf 15 Jahre) gebucht werden. Außerdem führte die Kommission die Möglichkeit von Ausnahmeregelungen ein, für den Fall, dass dadurch Versorgungssicherheit und der Wettbewerb gestärkt werden.

Neben diesen rechtlichen Bedingungen hat sich aber auch die politische Situation verändert. In Westeuropa basierten die Erdgas-Röhren-Geschäfte auf den beschriebenen Langfristverträgen, die wiederum die Grundlage für wirtschaftliche Interdependenz waren. Diese war eine Säule für die Entspannungspolitik der frühen 1970er Jahre im Ost-West-Konflikt.

Historisch und geographisch bedingt hat Gazprom eine marktbeherrschende Stellung in Mittel- und Osteuropa inne. Politisch änderte sich die Wahrnehmung der Lieferbeziehungen, und die russisch-ukrainischen Transitzkrisen 2006 und 2009 rückten die Abhängigkeit von russischem Erdgas auf dem erweiterten EU-Gasmarkt in den Mittelpunkt. Schon während der Diskussion um die konkrete Ausgestaltung des Dritten Binnenmarktpaketes und die Umsetzung der Entflechtung (*unbundling*) geriet Gazprom in den Fokus.

Das Binnenmarktmodell führt zu mehr Unsicherheit, die aber im Sinne von Flexibilisierung und Diversifizierung in der EU auch gewollt ist. Außerdem bestehen zwischen Russland und der EU Differenzen in Bezug auf die Definition von »Energiesicherheit«: Die EU möchte eine sichere, stabile und bezahlbare Versorgung zu vertretbaren politischen Kosten, Russland sucht politi-

sche Kontrolle und Maximierung von Ressourcenrenten sowie Vorhersehbarkeit der Nachfrage.

Das Kartellverfahren der EU gegen die Gazprom

Nicht nur Gazprom, auch westliche Energieunternehmen standen bereits im Fokus der Kommission.

Am 22. April 2015 veröffentlichte die Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission ihre vorläufigen Untersuchungsergebnisse aus den drei Jahren. Demzufolge verhindere Gazprom den Wettbewerb in den acht mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU und nutze seine Marktmacht von weit über 50 Prozent und bis zu 100 Prozent Marktanteil aus. Gazprom breche die Wettbewerbsregeln, indem versucht werde, 1) diese Märkte abzuschotten, und 2) die »unfaire Preispolitik« fortzuführen. Zudem seien 3) Gaslieferungen mit davon im Grunde unabhängigen Infrastrukturentscheidungen verknüpft.

Zu Punkt 1) führt die Kommission an, dass Gazprom in den acht Mitgliedsstaaten Bulgarien, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland Litauen, Polen und der Slowakei seine Lieferverträge um territoriale Restriktionen wie Destinations- oder Exportverbot-Klauseln ergänzt habe. Damit habe der russische Konzern verhindert, dass russisches Gas über Grenzen weitergehandelt wurde und die Großhändler auf Preisdifferenzen reagieren konnten.

Bei Punkt 2), zu den »unfairen Preisen«, steht weniger die Ölindizierung als solche im Fokus, als vielmehr ein unfaires Preisniveau, das in manchen Fällen mit über 40 Prozent unverhältnismäßig über Orientierungswerten wie Produktions- und Transportkosten, Marktpreisen, Preisen in anderen Märkten liege. Hinweise hierfür sieht die Kommission in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Polen.

Zu Punkt 3) führt die Kommission aus, dass Gazprom Gaslieferungen in Bulgarien von der Teilnahme des Gasimporteurs und -händlers bei der »South Stream«-Pipeline und in Polen von der Kontrolle über Investitionsentscheidungen bei der »Jamal-Europa«-Pipeline abhängig gemacht habe.

Die Zusammenstellung der Ergebnisse ist ein formaler Schritt in der kartellrechtlichen Untersuchung, mit dem die Kommission die betroffenen Unternehmen über ihren Stand der Untersuchungen informiert. Es gibt keine rechtlich verbindliche Frist, wann der Prozess abgeschlossen werden muss. Das ist abhängig von der Argumentation und den Kompromissangeboten des betroffenen Unternehmens. Die Antwort von Gazprom Ende September ist nicht veröffentlicht, aber laut Presseberichten konziliant.

Belege für Marktmachtmissbrauch gibt es also in Mitgliedsländern mit hoher Abhängigkeit von Russland. Bei diesen handelt es sich aber auch um jene Mitgliedsstaaten, die bisher die Binnenmarktpakete nicht conse-

quent umgesetzt haben, obwohl sie gleichzeitig ein hohes Interesse daran bekunden, sich zu diversifizieren. Hier spielt die Ausgangslage eine Rolle. Dennoch hat Gazprom dort, wo mehr Wettbewerb auf dem Markt herrscht, wie mittlerweile in Litauen, seine Preise angepasst.

Nord Stream und die OPAL

Ein weiterer nicht gelöster und an neuer Brisanz gewinnender Streitpunkt entzündet sich an der Anschlussleitung der »Nord Stream«-Gaspipeline, der »Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung« (OPAL), die von Lubmin, der Anlandestelle der Nord Stream-Pipeline Erdgas bis nach Olbernhau an die tschechische Grenze transportiert. Über die »Gazelle«-Pipeline werden dann Mengen durch Tschechien weiter nach Waidhaus (wieder Deutschland) transportiert. Dort kommen auch Anschlussleitungen an, die das durch die Ukraine transitierte Gas befördern.

Die OPAL muss gemäß EU-Vorgaben einen Teil ihrer Kapazitäten anderen Lieferanten zur Verfügung stellen. Da aber auf Grund des russischen Exportmonopols von Gazprom kein anderes Gasunternehmen Gas Mengen über die Nord Stream-Pipeline transportieren kann, liegen 50 Prozent der 36 Milliarden Kubikmeter Kapazität von OPAL weitgehend brach. Eine 2009 von der Bundesnetzagentur gewährte vollständige Ausnahmegenehmigung vom regulierten Netzzugang wurde noch im selben Jahr von der Kommission abgelehnt, da zwar die Gasversorgungssicherheit, nicht aber der Wettbewerb verbessert würde. Die Kommission verfügte in ihrem Schriftsatz, dass Gazprom und mit ihm verbundene Unternehmen die OPAL-Pipeline nur dann voll nutzen dürfen, wenn das Unternehmen ein »Gas Release«-Programm durchführt, bei dem drei Milliarden Kubikmeter Erdgas aus der OPAL frei zugänglich versteigert würden. Die Kombination von Auktionen von Gas- und/ oder Transportkapazitäten und entflochtenen Netzbetreibern wurde als Mittel gesehen, mehr Wettbewerb zu schaffen und Markteintrittsbarrieren zu senken. Das Gas Release Programm wurde von Gazprom aber nicht umgesetzt.

Am 31. Oktober 2013 schlossen dann Gazprom, die »OPAL Gastransport« und die Bundesnetzagentur einen Vergleichsvertrag. Dieser ausgehandelte Kompromiss zwischen Bundesnetzagentur und Gazprom, hätte es erlaubt, dass Gazprom die Pipeline zu 100 Prozent nutzt, wobei 50 Prozent fest zugewiesen wären und 50 Prozent der Kapazität in einer Auktion (durch Gazprom) hätten ersteigert werden können. Obwohl der Kompromiss im Beisein der Kommission erzielt wurde, verschob Brüssel die formelle Bestätigung, die für März 2014 erwartet war, immer wieder. Offenkundig spielte hier der Konflikt um die Ukraine eine Rolle. Im Dezember 2014 zog sich dann Gazprom selbst zurück. Eine neue Lösung ist bisher nicht gefunden.

South Stream, oder: die offene Frage des Umgangs der EU mit neuer Infrastruktur

Vor dem Hintergrund des Schicksals von OPAL beantragte Gazprom für South Stream keine Ausnahmegenehmigung, sondern setzte für den Onshore-Abschnitt dieser durch mehrere Länder führenden Pipeline auf eine Reihe von Regierungsabkommen (*Inter-Governmental Agreements* – IGA). Die EU-Kommission aber sah darin einen Widerspruch zum Dritten Binnenmarktpaket und forderte von jenen Mitgliedsländern, die ein solches Abkommen geschlossen hatten, dieses zu kündigen oder neu zu verhandeln. Andernfalls drohe ein Verfahren wegen Verstoßes gegen EU-Recht. Bulgarien stoppte daraufhin die Bauarbeiten im Juni 2014.

Russland baute seine Argumentation allerdings auf einer anderen Position auf: Moskau sah internationale Verträge als vorrangig an. Zugleich beschwerte es sich über die inkonsistente Umsetzung des Binnenmarktpaketes (vor allem bei der Entflechtung von Netzbetreibern) in nationales Recht. Es beklagte auch die diskriminierende Behandlung von Unternehmen aus Drittstaaten. Am 30. April 2014 strengte es ein Verfahren bei der Welthandelsorganisation (WTO) an.

In der Tat ist die Ausdehnung des Dritten Binnenmarktpaketes auf die South Stream nicht unstrittig, da das Paket eigentlich keine Regeln für im Bau befindliche und neue Infrastruktur enthält. Die Regeln für neue Kapazitäten werden nun erst zwischen der »Agentur für die Kooperation zwischen Regulierungsbehörden« (ACER) der EU und den Europäischen Netzbetreibern für Gas (ENTSO-G) verhandelt, die Zustimmung der Kommission aber steht noch aus.

Im Endeffekt ist der Bau neuer Infrastruktur außerhalb des hochregulierten Verfahrens der Zehn-Jahres-Netzplanung, die auf Ebene der Mitgliedsstaaten jährlich und auf EU-Ebene alle zwei Jahre stattfindet, schwierig.

Die EU Kommission hat bei der South Stream im Geiste ihres Binnenmarktpaketes argumentiert, kaum aber auf solidem rechtlichem Boden. Dass das Projekt als Konkurrenz zum von der EU-Kommission präferierten südlichen Korridor, einer alternativen Exportroute aus dem Kaspischen Raum, besondere Sensibilitäten in Brüssel berührte, liegt auf der Hand. Dennoch ist es paradox, dass kommerzielle Investoren, die grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte realisieren möchten, sich einem rechtlichen Vakuum oder aber schwierigen und unter Umständen langwierigen Ausnahmeverfahren mit ungewissem Ausgang gegenübersehen, wenn sie große Transitkorridore und Infrastrukturinvestitionen realisieren möchten. Der Bau großer Infrastruktur wird in der EU kaum realisiert und bleibt doch eine der Schlüsselfragen für Energiesicherheit und Diver-

sifizierung, auch mit Blick auf alternative Projekte wie »Turk Stream« und South Stream. Im EU-Rahmen werden bisher eher (auch wichtige) Projekte zur Verma- schung des Gasnetzes und Rückflussoptionen geplant.

Ausblick

Am 4. September 2015 haben Gazprom, BASF, E.ON, ENGIE, OMV und Shell einen Gesellschaftervertrag für das Nord Stream 2-Projekt unterzeichnet, danach sollen zwei neue Stränge (zusätzliche 55 Milliarden Kubikmeter) die Kapazität auf der Ostseeroute verdoppeln.

Angesichts der schwierigen geopolitischen Situation und der von der EU gezeigten Solidarität mit dem Transitland Ukraine steht nun die Politik vor der Aufgabe, Kosten und Nutzen sowie Risiken und Chancen umfassend zu bewerten.

Nimmt man die Signale, die 2015 aus Russland kommen, zusammen, dann zeigt sich, dass kommerzielle Interessen dort momentan eine vorrangige Rolle spielen und Moskau einen Ausgleich der Wirtschaftsinteressen sucht. Gazprom ist (sicher in Abstimmung mit dem Kreml) gewillt, sich an die Regeln des Dritten Binnenmarktpaketes stärker anzupassen. Gazprom probt dafür neue Marktstrategien, und zwar unter anderem in der Preisgestaltung, beim Lieferpunkt der Gasmen- gen und bei Gasauktionen.

Eine Gasauktion Anfang September 2015 im Büro von »Gazprom-Export« könnte als ein unter russischer Definition erfolgter »Gas Release« zu sehen sein. Auch

wenn nur rund eine Milliarde Kubikmeter verkauft wurde, ist es kaum ein Zufall, dass die angebotenen 3,24 Milliarden Kubikmetern ziemlich genau dem von der Kommission 2009 geforderten Gas Release Pro- gramm entsprachen.

Die geopolitische Dimension der Energiepolitik gegenüber Westeuropa tritt dabei zurück, anscheinend auch bezüglich der Ukraine. Im Moment überwiegt ein pragmatischer Ansatz, denn Gazprom braucht den europäischen Absatzmarkt. Es wird sich angesichts der Unsicherheit und Unwägbarkeiten aber viele Optionen offen lassen und der größtmögliche Handlungsspiel- raum wird nicht nur ökonomisch, sondern auch geo- politisch bemessen.

In der EU sind die politischen Vorbehalte gegen- über NordStream-2 groß, das artikulierte kommerzielle Interesse am Projekt aber ebenfalls. Damit stellt sich erneut die Frage der Kompatibilität mit dem Dritten Binnenmarktpaket.

Ein Rückzug der EU auf rein regulatorische Positio- nen ist der Tragweite des Problems nicht angemessen. Angesichts der kommerziellen Dynamik, die auf eine zügige Realisierung des Projektes setzt, ist es auch eine politische Frage, eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu suchen, solange in der EU regulatorisch der Rah- men für neue Infrastruktur nicht gesetzt ist. Denn um die Nord Stream-2 mit dem Binnenmarkt zu akkom- modieren, lassen sich Lösungen finden, wenn der poli- tische Wille besteht.

Über die Autorin

Dr. Kirsten Westphal ist Wissenschaftlerin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. In der For- schungsgruppe »Globale Fragen« befasst sie sich mit Energiesicherheit und globalen Energiefragen. Ein Schwerpunkt ihrer Forschung liegt auf den Erdgasmärkten und russisch-europäischen Energiebeziehungen.

Lesetipps

- Badykova, Najia: Politics and pricing sharpen Gazprom's competitive edge, in Newsbase, FSUOGM – Former Soviet Union Oil & Gas, Week 37, 16.09.2015, S. 4–5.
- European Commission Fact Sheet: Antitrust: Commission sends Statement of Objections to Gazprom, 22. April 2015; <http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-4829_en.htm>.
- Lohmann, Heiko: Thema des Monats: Gazprom, in: Gasmarkt Deutschland, 2015, Nr. 10, S. 6–11; <http://www.energiate.de/uploads/tx_ceissues/energiate_Gasmarkt_2015_10_Inhalt.pdf>.
- Stern, Jonathan, Simon Pirani, Katja Yafimava: Does the cancellation of South Stream signal a fundamen- tal reorientation of Russian gas export policy?, [Oxford Energy Comment], Oxford: Oxford Institute for Energy Studies, Januar 2015; <<http://www.oxfordenergy.org/2015/01/cancellation-south-stream-sign al-fundamental-reorientation-russian-gas-export-policy/>>.
- Talus, Kim: United States natural gas markets, contracts and risks. What lessons for the European Union and Asia-Pacific natural gas markets?, in: Energy Policy Nr. 74, November 2014, S. 28–34; <<http://www.sciencedirect. com/science/article/pii/S0301421514004510>>.
- Westphal, Kirsten: Institutional Change in European gas markets and implications for energy security: Lessons from the German case, in: Energy Policy Nr. 74, November 2014, S. 35–43; <<http://www.sciencedirect.com/ science/article/pii/S0301421514004856>>.

Die Wirtschaftspolitik der belagerten Festung

Das Glasjew-Programm

Roland Götz, Berlin

Zusammenfassung

Vor allem auf Grund des Ölpreisrückgangs setzte in Russland eine wirtschaftliche Stagnation ein, die bei Fortdauer niedriger Ölpreise noch jahrelang anhalten könnte. Die auf Verbesserung des Investitionsklimas gerichteten Maßnahmen der Regierung können keine schnelle Besserung der Wirtschaftslage versprechen. Vor diesem Hintergrund finden Forderungen nach einer grundsätzlichen Kehrtwende der Wirtschaftspolitik, wie sie der Präsidentenberater Sergej Glasjew seit Jahren erhebt, verstärkte Aufmerksamkeit. Er möchte, dass die Zentralbank, statt die Inflation zu bekämpfen, durch Erhöhung der Geldmenge Wirtschaftswachstum erzeugt. Vor allem müsse das Land seine außenwirtschaftliche Abhängigkeit verringern, um den USA in ihrem »Weltkrieg« gegen Russland widerstehen zu können. Sein Programm, das er Mitte September einer Kommission des Sicherheitsrats vorlegte, wurde von Wirtschaftsexperten überwiegend negativ beurteilt. Umstritten ist, welchen Einfluss seine Vorstellungen auf die Kremlpolitik haben.

Die Person

Sergej Glasjew (geb. 1961) arbeitete nach einem 1983 abgeschlossenen Studium der Wirtschaftswissenschaften von 1986 bis 1991 am Zentralinstitut für Mathematik und Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und habilitierte 1989 mit einer Arbeit über die ökonomische Theorie der technischen Entwicklung. Als einer der wenigen Ökonomen ist er seit 2000 korrespondierendes und seit 2008 ordentliches Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften (siehe auch Kasten »Sergej Glasjew und die Wissenschaft« auf S. 11).

Glasjew vertritt vehement die Idee einer weitgehend autarken »Mobilisierungswirtschaft« als Russlands Alternative zur »liberalen Utopie« des Westens. An der westlichen ökonomischen Diskussion beteiligt er sich nicht. Zustimmung zu seinen Ansichten findet er bei einem Teil seiner Kollegen in der gesellschaftswissenschaftlichen Abteilung der Akademie der Wissenschaften und uneingeschränkt im Isborsker Klub, einer von der Rüstungsindustrie finanzierten linkspatriotischen Bewegung (siehe Lesetipps). Seit Mitte der 1990er Jahre hält er engen Kontakt zur Politsekte des Ehepaars Helga und Lyndon LaRouche, in deren Zeitschriften seine Texte und Interviews in Übersetzung verbreitet werden. Deren Verlag publizierte auch 1999 die englische Übersetzung seines Buchs über den Genozid, den der IWF nach Glasjews Meinung am russischen Volk verübt habe.

1992 wurde Glasjew in Jegor Gajdars Regierung Minister für Außenhandelsbeziehungen, trat aber nach einem Jahr zurück, aus Protest gegen die gewaltsame Auflösung des Obersten Sowjets im Oktober 1993 durch Boris Jelzin. Er blieb in der Politik und wurde 1993 über die Liste der »Demokratischen Partei Russlands«, 1999 über die Liste der »Kommunistischen Partei« und

2003 über den linkspopulistischen Wahlblock »Rodina« (»Heimat«) in die Staatsduma gewählt. 2004 kandidierte er für das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation und erhielt 4 Prozent der Stimmen. Nachdem die Präsidialadministration »Rodina« politisch marginalisiert hatte, erklärte er 2007 seinen Rückzug aus der Parteipolitik.

2009 wurde Glasjew zum Sekretär der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan ernannt. Seit Mitte 2012 ist er Berater Wladimir Putins für Fragen der eurasischen Integration innerhalb der Zollunion. 2013 bewarb er sich vergeblich um den Posten des Chefs der Zentralbank. Er steht in seiner Eigenschaft als Berater Putins auf den Sanktionslisten der USA, der EU und der Ukraine.

Eine Frage der nationalen Sicherheit?

Die Tageszeitung »Kommersant« berichtete am 8. September 2015, dass Sergej Glasjew am 15. September der Kommission für wirtschaftliche und soziale Sicherheit des Sicherheitsrats der Russländischen Föderation in geschlossener Sitzung »Vordringliche Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohungen für die Existenz Russlands« vortragen werde. Dieser Artikel, der eine teilweise verfälschte Zusammenfassung des der Zeitung vorliegenden Vortragstexts enthielt, entfachte einen Sturm im russländischen Blätterwald, wobei kritische Stellungnahmen überwogen. Am Tag der Sitzung der Kommission stellte die Internetzeitung »Biznes-online« dann den vollständigen Redetext Glasjews ins Netz (siehe Sergey Glazyev's Report ...; i. d. Lesetipps). Das große Medienecho verwundert, da Glasjew seine Ideen schon vielfach publiziert und im April 2014 auch ein entsprechendes Programm dem Finanzminister übersandt hatte, ohne dass es erkennbaren Einfluss auf die Regierungspolitik ausgeübt hätte. Zudem ist die Kommission für wirtschaft-

liche und soziale Sicherheit, vor der Glasjew auftrat, nur eine von sieben Kommissionen des Sicherheitsrats mit beratender Funktion. Dass er diesen Weg der Übermittlung seiner Botschaft wählte, statt sich direkt an seinen obersten Chef zu wenden, lässt sich als Versuch verstehen, für seine Position, für die er an der Staatsspitze bislang keine Zustimmung fand, in den für Sicherheitsfragen zuständigen Machtorganen Unterstützer zu gewinnen.

Führen Technologiezyklen zu »Weltkriegen«?

Der dramatisch klingende Titel seines Berichts und dessen Einleitungsteil sind auf das Auditorium, den Sicherheitsrat, zugeschnitten. Glasjew beruft sich in seinem Bedrohungsszenario für Russland auf Theorien der langen Wellen der Wirtschaftsentwicklung, die von den Ökonomen Nikolaj Kondratjew und Joseph Schumpeter nach dem Ersten Weltkrieg entwickelt worden waren. Nach deren Auffassung verläuft die technologische Entwicklung in Schüben, die mit Auf- und Abschwüngen der Investitionstätigkeit verknüpft sind, wodurch mehrere Jahrzehnte währende Wirtschaftszyklen ausgelöst werden. Glasjew kombiniert diese Theorien mit einer Deutung der internationalen Beziehungen, die er der »Weltsystemanalyse« des US-amerikanischen Wirtschaftshistorikers Immanuel Wallerstein entnommen hat und die er entgegen dessen Intentionen jedoch als eherne historische Gesetze auslegt: Der technologisch und wirtschaftlich dominierende Staat (der Hegemon) wehrt sich in der Abschwungsphase des Wirtschaftszyklus innerhalb des jeweiligen »Weltsystems« vergeblich gegen die technologisch und ökonomisch aufstrebenden Rivalen, indem er »Weltkriege« entfesselt, um seine Hegemonie zu bewahren. Die historischen Beispiele hierfür seien die siegreichen Unabhängigkeitskriege der Niederlande gegen den ehemaligen Hegemon Spanien, die napoleonischen Kriege, als sich England gegen Frankreich durchsetzte, die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts mit dem Sieg der USA über Deutschland sowie der Kalte Krieg, aus dem die USA als Sieger gegenüber der Sowjetunion hervorgingen. Im aktuellen (sechsten) Kondratjew-Zyklus sei China Vorreiter der technologischen Entwicklung und Japan lenke das dafür erforderliche Kapital in den südostasiatischen Raum. Die technologisch zurückgebliebenen und wirtschaftlich im Abstieg begriffenen Vereinigten Staaten versuchen nun, ihre Konkurrenten durch einen »Weltkrieg« zu schwächen, wobei sie die Instrumente der »hybriden Kriegsführung« einsetzen. Insbesondere wollten die USA die Kontrolle über Russland, Zentralasien und den Nahen Osten erlangen, um sich deren Energieressourcen zu sichern. In der Ukraine – nach Ansicht Glasjews ein Teil der »russischen Welt« – bereiteten die USA daher

historisch zwangsläufig eine mit militärischen Mitteln sowie dem Einsatz von Desinformation, humanitären und politischen Instrumenten vorgetragene Intervention in Russland vor (siehe auch: Glasjew, Sergej: Ukrainskaja katastrofa. Ot amerikanskoj agressii k mirowoj wojne?, Moskau 2015; <www.glazev.ru/upload/iblock/db9/db9ed5d52445583819510b5ea70b2339.pdf>). Daher forderte er im Juni 2014 die Bombardierung der ukrainischen Streitkräfte (siehe <<http://m.day.kiev.ua/en/article/day-after-day/architects-aggression>>). In Russland selbst sollen Revolutionen organisiert und die Aufteilung des Landes in die Wege geleitet werden. Die Handelsbeziehungen der NATO-Länder und anderer von den USA abhängiger Staaten wie Japan, Südkorea, Kanada und Australien zu Russland würden dann gekappt, was wiederum wegen der hohen Abhängigkeit der Wirtschaft Russlands vom Ausland dessen nationale Sicherheit gefährde. Damit schließt sich der Kreis der Argumentation Glasjews: Russland müsse sich durch Verringerung seiner viel zu hohen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit in dem von den USA entfesselten »Weltkrieg« zur Wehr setzen, der letztlich die notwendige Folge technologischer Wandlungen ist.

Glasjews zum Dogma erhobene Interpretation der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung als Determinanten der Weltgeschichte (eine Wiederbelebung des historischen Materialismus) lässt sich freilich aus den Ausführungen seiner Gewährsmänner Kondratjew, Schumpeter und Wallerstein keineswegs ableiten und steht im Widerspruch zu historischen Tatsachen. Die Haltlosigkeit seines Geschichtsmodells wird bereits bei seiner Beschreibung der zeitgeschichtlichen Vorgänge deutlich: Die USA befinden sich, anders als Glasjew meint, keineswegs im technologischen Rückstand zu China und im wirtschaftlichen Niedergang. Die USA sind auch nicht auf die Energieressourcen Russlands und des Nahen Ostens angewiesen, schon weil sie durch ihre (im eigenen Land entwickelte!) Fracking-Technologie von Energieträgerimporten unabhängig geworden sind. Dass die USA, um ihren nach der Theorie Glasjews unvermeidlichen ökonomischen und weltpolitischen Abstieg hinaus zu schieben, die Ukraine als Aufmarschplatz für eine Intervention in Russland nutzen wollten und es auf die Aufteilung Russlands abgesehen hätten, gehört vielmehr ins Reich der antiamerikanischen Verschwörungstheorien, die unter anderem der Isborsker Klub, in dem Glasjew eine führende Rolle spielt, in Russland verbreitet.

Hat die Zentralbank die Krise verursacht?

Der Bedrohung durch den äußeren Feind müsse nach Glasjew dadurch begegnet werden, dass die »nationale Souveränität« über die Wirtschaft wiedergewon-

nen wird. Damit meint er Maßnahmen, die weit über die Imports substitution hinausgehen, wie sie Russlands Regierung als Antwort auf die Sanktionen des Westens unternimmt. Glasjew verlangt in seinem Bericht, zu dem ein Team von Mitarbeitern detaillierte Anlagen verfasst hat, eine Abkehr von der bisherigen Geld- und Währungspolitik der Zentralbank Russlands, weil diese angeblich nur die Interessen des internationalen Kapitals bediene, während ihr das Wohlergehen des eigenen Landes gleichgültig sei. Er fordert von der Zentralbank statt der Inflationsbekämpfung durch Zinspolitik (*inflation targeting*) den Ankauf von Devisen, Anleihen und Aktien von Banken und Industriebetrieben, wodurch die Geldmenge ausgeweitet werde, was nicht nur Produktion und Investitionen in Gang brächte, sondern auch die Inflation senken würde. Die Geldpolitik der Zentralbank Russlands ist nach Glasjews Meinung hauptverantwortlich für den Niedergang der Wirtschaft und führt in die Falle der Stagflation (Stagnation plus Inflation). Dies sei nach Glasjew der erste große Fehler der Zentralbank Russlands gewesen.

Ihr zweiter großer Fehler habe in der Freigabe des Wechselkurses zum Jahresanfang 2015 bestanden: Dass die Zentralbank Russlands den Wechselkurs nicht mehr durch An- und Verkäufe von Devisen reguliert, führt nach Glasjew zu Kapitalflucht und fördert die Korruption und die Verlegung von Firmensitzen in Offshore-Gebiete. Dass diese Phänomene allerdings längst aufgetreten waren, bevor die Zentralbank den Wechselkurs freigegeben hat, erwähnt Glasjew nicht. Beide Fehler hätten bewirkt, dass Russlands Wirtschaft – statt 2015 um 6–8 Prozent zu wachsen – in eine »Stagnationsfalle« geraten sei und die Zentralbank Russlands einen Produktionsrückgang um 5 Prozent sowie 15 Prozent Inflation toleriere.

Glasjew ignoriert in seiner Polemik gegen die Zentralbank Russlands vollständig die Auswirkung des tiefen Falls des Ölpreises im zweiten Halbjahr 2014 und erkennt auch nicht, dass bereits die Stagnation des Ölpreises in den vorangegangenen zwei Jahren ursächlich für das seinerzeit geringe Wirtschaftswachstum gewesen war. Weil der Rückgang des Preises für Russlands wichtigstes Exportprodukt – das Erdöl – dann die Deviseneinnahmen reduzierte, konnte die Zentralbank Russlands den Wechselkurs des Rubels nicht mehr durch geringe Devisenverkäufe stabilisieren und musste ihn freigeben. Unmittelbare Folge der darauf folgenden Abwertung des Rubels war ein Hochschnellen der Inflationsrate, welche die Zentralbank durch ein Anheben des Leitzinssatzes zu bekämpfen versuchte. Ein derartiges Vorgehen entspricht der weltweiten Praxis der Zentralbanken und folgt nicht, wie Glasjew behauptet, nur den angeblich schädli-

chen Rezepten internationaler Finanzorganisationen wie des IWF.

Glasjews Idee der Wirtschaftsbelebung durch die Ausweitung der Geldmenge mittels Aufkauf von Devisen und Wertpapieren durch die Zentralbank würde nur zu einer weiteren Abwertung des Rubels und höherer Inflation führen. Zwar praktizierten Zentralbanken wie das amerikanische »Federal Reserve System« und die EZB in bestimmten Situationen eine derartige »quantitative Lockerung« (*quantitative easing*) der Geldpolitik, doch griffen sie zum Mittel der mengenmäßigen Geldregulierung nur, nachdem die Zinspolitik mit dem Erreichen von Nullzinsen ihren Spielraum ausgeschöpft hatte und Deflation drohte, während die eigene Währung unter Aufwertungsdruck stand. Für Russland mit seiner hohen Inflationsrate (siehe Tabelle 1 auf S. 12) wäre dieses Mittel dagegen nicht geeignet. Unterstützung findet Glasjew in Russland allerdings durch den Ökonomen Sergej Blinow in der Wirtschaftszeitung »Expert«. Dieser verweist auf die Jahre 1998 bis 2001, in denen die Geldmenge sich mehr als verdreifachte und – wie Blinow glaubt, nur deswegen – das Bruttoinlandsprodukt um 18 Prozent angestiegen war, während gleichzeitig die Inflation von 85 Prozent auf 19 Prozent sank. Allerdings erhöhte sich in diesem Zeitraum auch der Ölpreis um 85 Prozent, und der Export von Rohöl und Ölprodukten stieg um 20 Prozent, was das BIP-Wachstum gut erklärt. Der Rubel stand damals unter Aufwertungsdruck, weswegen der Ankauf von Devisen durch die Zentralbank damals weder eine verstärkte Inflation noch eine Abwertung des Rubels zur Folge hatte. Diese günstigen Voraussetzungen sind in Russland gegenwärtig nicht gegeben, weswegen die Zentralbank auf Glasjews Vorschläge nicht eingehen wird.

In Anlage 10 seines Berichts verweisen Glasjew und seine Mitautoren darauf, dass ein Drittel der Kapitalausfuhr aus Russland illegale Kapitalflucht darstellt, wobei es sich um Einkommen handelt, die der Besteuerung entzogen werden. Um diese zu bekämpfen, wird ein Dutzend Maßnahmen vorgeschlagen, darunter die Besteuerung zweifelhafter Transaktionen, die Aufhebung der Doppelbesteuerungsabkommen mit Luxemburg und Zypern sowie die Einführung einer Steuer auf den Devisenerwerb. Außerdem sollen zur Stabilisierung des Devisenmarkts die Exporteure zum Umtausch ihrer Devisenerlöse in Rubel verpflichtet werden. Dass dadurch die in Russland längst verschwundenen Devisenschwarzmärkte wieder entstehen würden, wird hierbei jedoch übersehen. Auch erkennt Glasjew nicht, dass ein von ihm vorgeschlagenes Einfrieren der Preise für lebensnotwendige Waren ebenfalls lediglich Schwarzmärkte und leere Regale produzieren würde.

Um die grundsätzliche Umorientierung der Wirtschaftspolitik (den »Großen Durchbruch«) zu ermöglichen, müssen Glasjew zufolge außer der Neuformulierung der Geld- und Währungspolitik neue Planungsinstanzen mit umfassenden Befugnissen geschaffen werden, an deren Spitze dem Präsidenten unterstellte Staatskomitees für »strategische Planung« sowie für »wissenschaftlich-technische Entwicklung« zu stehen hätten. Diese sollen dann »Planbilanzen« erstellen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt prognostizieren sowie durch Fünfjahrespläne die Modernisierung der Wirtschaft voran bringen. Damit soll offenbar eine Parallelwelt von Behörden samt ihren Mitarbeitern geschaffen werden (eine Art neue Opritschnina). Die Idee hierzu war im Isborsker Klub entwickelt worden.

Die Resonanz in den Medien

Die überwiegende Zahl der Kommentare zu Glasjews Bericht stützte sich auf dessen am 8. September 2015 im »Kommersant« erschienene Zusammenfassung. Die enthält allerdings einige Irrtümer: Die dort aufgeführten Daten über die von Glasjew angeblich gewünschten Proportionen zur Verwendung des Bruttoinlandsprodukts sind in seinem Bericht nicht zu finden. Glasjew befürwortet auch keine Schaffung von »Volksbetrieben«, die einen Anteil von 10 Prozent aller Betriebe ausmachen sollen, sondern er möchte, dass nur sogenannte »nationale Unternehmen«, die keine ausländische Besitzer haben, Zugang zu Naturressourcen, staatlichen Subventionen oder die Erlaubnis zur Herstellung strategisch wichtiger Erzeugnisse erhalten. Auch fordert er nicht die Einrichtung von Arbeiterräten und von Räten der Ingenieure und Verwaltungsangestellten in den übrigen Betrieben. Die Vorschläge Glasjews zur Stabilisierung des Rubelkurses, zu Preiskontrollen, zur Eindämmung der Kapitalflucht und zur De-Dollarisierung der Wirtschaft Russlands werden indes korrekt wiedergegeben.

Bekanntere »Wirtschaftsliberale« warnten nach Erscheinen der Meldung im Kommersant umgehend vor den Gefahren, die bei Umsetzung von Glasjews Vorstellungen drohten. So schrieb der Mitarbeiter des »Moskauer Carnegie-Zentrums« Andrej Mowtschan in seinem Blog, dass Russlands Volkswirtschaft bei einer Verwirklichung des Glasjew-Programms auf das Niveau Venezuelas und Nordkoreas absinken würde. Die Vorschläge Glasjews für die Stabilisierung des Rubelkurses hält er für überflüssig, da dieser sich zu Recht und stabil am Ölpreis orientiere. Die von Glasjew vorgeschlagenen Maßnahmen würden nur die Kosten für Unternehmen und Konsumenten steigen und Schwarzmärkte für Waren und Devisen entstehen lassen. Sie würden der Elite durch Ausnutzung der Warenknappheit und der bürokratischen Kontrollen zusätzliche Möglich-

keiten der Bereicherung eröffnen (siehe Movchan...; i. d. Lesetipps). In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Chefredakteur der »Finansowaja gaseta« Nikolaj Wardul in der Internetausgabe des »Moskowskij Komsoholez«. Der ehemalige Wirtschaftsminister Andrei Netschajew bezeichnete in der russischen Ausgabe von »Forbes« Glasjews Ansinnen als einen »Durchbruch ins Nichts«. Wladislaw Inosemzew, Professor an der »Higher School of Economics« in Moskau und ehemaliger Berater des Präsidenten Medwedjew kritisierte in »Argumenty i Fakty«, dass Glasjew die Abkoppelung Russlands vom Weltmarkt fordere. Dies sei nicht der Weg von Ländern, die erfolgreich eine »nachholende Entwicklung« vollzogen hätten, indem sie ihren Export technologischer Waren steigerten. Dagegen habe die von Glasjew vorgeschlagene Strategie nur die Wirkung, dass mit Hilfe billiger Kredite für den Inlandsmarkt erzeugte, international unverkäufliche Waren auf Halde produziert werden. Inosemzew mokiert sich über die im »Kommersant« genannte Absicht Glasjews, die Bildungs- und Sozialausgaben von gegenwärtig 6,5 Prozent auf 40 Prozent und die der Sachanlageinvestitionen von 18 Prozent auf 40 Prozent erhöhen zu wollen, was einem »neuen Kriegskommunismus« gleichkomme. Jedoch finden diese Zahlenwerte in dem von »Business-online« publizierten Text des Berichts nicht zu finden. Dort ist nur zu lesen, dass die Investitionsquote von 18 Prozent auf 25 Prozent erhöht werden sollte. Der ehemalige Stellvertretende Präsident der Zentralbank Sergej Aleksaschenko ist zwar der Ansicht, dass die von Glasjew vorgeschlagenen Maßnahmen Russland in die Katastrophe führen würden, anerkennt allerdings, dass sie einer logischen Argumentation entspringen und hält es für möglich, dass sie von der politischen Führung irgendwann berücksichtigt werden könnten.

Auffallend war, dass Glasjews Kollege in der gesellschaftswissenschaftlichen Sektion der Akademie der Wissenschaften, der Direktor des Instituts für volkswirtschaftliche Prognostik Wiktor Iwanter, ihm in der Wirtschaftszeitung »Expert« nur verhalten Beifall spendete. Nach seiner Ansicht stellt der Bericht Glasjews einen extremen Gegenpol zu den Ansichten von »neoliberalen Ideologen« wie dem ehemaligen Finanzminister Alexej Kudrin dar, was es der Staatmacht erleichtere, einen wirtschaftspolitischen Mittelweg zu gehen. Wohlwollend-kritisch äußerten sich auch zwei Ökonomen, die weder zu den »Liberalen«, noch zu den »linken Planwirtschaftlern« wie Glasjew gerechnet werden können. Oleg Sucharew, Sektorenleiter am Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften, schrieb im Informationsportal »Russkaja narodnaja linija« (dt. »Russische Volksfront«), dass die Vorschläge Glasjews schon deswegen keine Zustimmung in den Wirtschaftsressorts fin-

den würden, weil die Bürokraten kein Interesse an kardinalen Änderungen hätten, die ihnen nur Arbeit bereiten würden. Eine ebenfalls kritische, zum Teil aber auch zustimmende Stellungnahme zu den Ideen Glasjews (auf Grundlage der ausführlichen Fassung des Berichts) publizierte in seinem Blog Nikita Kritschewskij, Ökonomieprofessor an der »Russischen Staatlichen Sozialen Universität« (RGSU). Volle Zustimmung erfuhr Glasjew von interessierter Seite. Der Mitbesitzer des »Rostower Landmaschinenbaus« (Rostselmasch) Konstantin Babkin sieht sich durch Glasjew in seiner Forderungen nach staatlicher Industriepolitik und billigen Krediten bestätigt. Als Mitorganisator und Finanzier des »Moskauer Wirtschaftsforums« 2015 lud er Glasjew als Hauptreferent auf dem Panel »Strategie des Auswegs aus der Krise« ein. Babkin verwies einleitend stolz darauf, dass sein Unternehmen 2014, während Russlands Industrieproduktion zurückging, seinen Absatz um 20 Prozent steigern konnte – und er nannte auch den Grund: Die Landwirte erhielten Subventionen für die Anschaffung von Technik aus heimischer Produktion. Damit ließ er erkennen, wie Glasjews Rezepte künftig wirken würden.

Was will der Präsident?

Glasjew unterstellt der Zentralbank Russlands sowie den Ministerien für Wirtschaft und Finanzen (und damit auch dem für diese zuständigen Ministerpräsidenten Russlands) offen eine Orientierung an den Interessen des internationalen Finanzkapitals und erwartet daher nicht, dass sie auf seine Vorschläge eingehen. Somit zielt sein Vorstoß implizit auf die Entlassung des Führungspersonals dieser Institutionen und die Besetzung ihrer Positionen durch sich selbst und seine Gesinnungsgenossen, die vor allem in den gesellschaftswissenschaftlichen Instituten der Akademie der Wissenschaften konzentriert sind. Seine eigentlichen Ansprechpartner sind nicht Wirtschafts- und Finanzexperten, sondern der für derartige Personalfragen zuständige Präsident. Putin jedoch reagiert nicht auf die immer drängender vorgetragenen Botschaften seines Beraters, sondern hält (vorläufig) seine schützende Hand über den liberalen »Wirtschaftsblock« der Regierung. Ein Eingehen auf die Vorstellungen Glasjews birgt für Putin nämlich das Risiko, dass er, wenn sich die versprochenen Verbesserungen nicht einstellen, selbst die Verantwortung für den Fehlschlag des Experiments tragen würde. Überhaupt ist die Wahl des richtigen wirtschaftspolitischen Programms für Putins Popularität und damit für sein Abschneiden in der Präsidentschaftswahl 2018 nur von untergeordneter Bedeutung. Denn die Bevölkerung bewundert ihn nicht als großen Wirtschaftstheoretiker, sondern (außer als Sportskanone in vielen Diszipli-

nen) als einen Staatsmann, der Russland mit der Krim-Annexion und seinem Eingreifen in Syrien wieder den Respekt der Welt verschafft hat.

Dennoch sind die Vorstellungen Glasjews nicht für alle Zeiten vom Tisch, denn sie versprechen – scheinbar – einen Ausweg aus der desolaten wirtschaftlichen Lage: Nachdem der Ölpreis zwischen 2011 und 2013 stagnierte und sich 2014 halbiert hat, funktioniert das auf steigenden Einnahmen aus dem Ölexport basierende Wirtschaftsmodell Russlands nicht mehr (siehe Götz, Stillstand ..., i. d. Lesetipps). 2013 setzte in Russland daher eine wirtschaftliche Stagnationsphase ein, die bei Fortdauer niedriger Ölpreise voraussichtlich noch jahrelang anhalten wird, selbst wenn die Mitte 2014 in Kraft gesetzten Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden sollten. Die gegenwärtige Regierung kann mit ihrem Ansatz der »Verbesserung der Spielregeln«, darunter der Förderung des Investitionsklimas durch eine verbesserte Rechtslage für die Unternehmen und eine konservative Finanz- und Zentralbankpolitik, keine schnellen Erfolge garantieren. Wie der an der »Europäischen Universität St. Petersburg« tätige Ökonom und Journalist Dmitrij Trawin in einem auf der Webseite des »Komitees für bürgerliche Initiativen« (KGI) veröffentlichten Interview meint, ist eine anhaltende »Stagnationsperiode« (wie unter Leonid Breschnew) zu erwarten, die freilich unter den heutigen marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht wie damals von Warenknappheit geprägt sein werde. Als Berater des Präsidenten würde sogar er ein wirtschaftliches »Mobilisierungsprogramm« wie das von Glasjew empfehlen, da es zumindest für einige Zeit dem Macherhalt des gegenwärtigen Regimes dienlich wäre.

Was Putin jedoch davon abhalten könnte, den »großen Durchbruch« zu wagen, für den Glasjew wirbt, ist ausgerechnet das Vorgehen seines Amtsbruders Aljaksandr Lukaschenka in Belarus. Dem außenwirtschaftlich eng mit Russland und der Ukraine verflochtenen Land drohte 2014 ebenfalls eine schwere Wirtschaftskrise. Daraufhin gab die Zentralbank Anfang 2015 den Wechselkurs des belarussischen Rubels frei, was das Außenhandelsdefizit fast ganz beseitigte, und hob den Leitzins auf 25 Prozent an, was die Inflation deutlich abmilderte. Belarus kooperiert mit dem IWF und der Weltbank und will den Staateinfluss auf die Wirtschaft reduzieren (siehe Alachnovič, Belarus...; i. d. Lesetipps). Das Land, das oft als »letzte Diktatur Europas« bezeichnet wird und das daher eigentlich ideal für Wirtschaftsexperimente à la Glasjew geeignet wäre, verfolgt damit eine seinen Ideen diametral entgegengesetzte Strategie.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln und bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und der Wirtschaft Russlands beschäftigt.

Lesetipps

- Sergey Glazyev's Report: About urgent measures to counter threats to the existence of Russia, <<http://thesaker.is/sergey-glazyevs-report-about-urgent-measures-to-counter-threats-to-the-existence-of-russia/>>. Dabei handelt es sich um die Übersetzung von Glasjews Bericht an den Sicherheitsrat aus dem Russischen in der Fassung, die am 15.09.2015 von »Bisnes-online« unter <www.business-gazeta.ru/article/140998/> publiziert worden war.
- Götz, Roland: Der Isborsker Klub. Russlands antiwestliche Ideologen, in: Russlandanalysen Nr. 292, 13.03.2015, S. 13–20; <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen292.pdf>>.
- Götz, Roland: Stillstand. Russlands Wirtschaftswachstum nach dem Ölboom, in: Osteuropa, 65.2015, Nr. 1–2, S. 125–145.
- Movchan, Andrey: Just an Oil Company? The True Extent of Russia's Dependence on Oil and Gas, 14.09.2015, <<http://carnegie.ru/eurasiaoutlook/?fa=61272>>.
- Movchan, Andrey: Glazyev's Economic Policy of the Absurd, 15.09.2015, <<http://carnegie.ru/eurasiaoutlook/?fa=61271>>.
- Alachnovič, Aleś: Belarus Finally Reforms its Economy? 01.10.2015; <<http://belarusdigest.com/story/belarus-finally-reforms-its-economy-23364>>.
-

Sergej Glasjew und die Wissenschaft

Glasjew befindet sich nicht nur gegenüber den »Liberalen«, die an den Spitzen der Zentralbank und der für Wirtschaft zuständigen Ministerien stehen, in einer institutionellen Außenseiterposition, sondern er kann auch seine Argumente nicht auf das Prestige als Inhaber eines Lehrstuhls oder des Leiters einer wissenschaftlichen Institution gestützt vortragen. Dies dürfte sich ändern, wenn eine von ihm eingefädelte Intrige Erfolg hat:

Im Oktober 2015 intervenierte Glasjew gegen die Kandidatur des geschäftsführenden Direktors des Wirtschaftsinstituts der Akademie der Wissenschaften Michail Golownin für die Nachfolge des ehemaligen Direktors Ruslan Grinberg, wobei er fälschlich behauptete, Golownin wäre für eine 2006 der Duma präsentierte Schrift verantwortlich gewesen, in der Überlegungen zu einem Nato-Beitritt der Ukraine angestellt wurden. Eilfertig strich das Präsidium der Akademie der Wissenschaften den qualifizierten Wissenschaftler, dessen Spezialgebiet die Geld- und Währungspolitik ist, von der Kandidatenliste. Man ignorierte, dass Golownin die beanstandeten Passagen nicht verfasst hatte und verantwortlicher Herausgeber der Broschüre nicht er, sondern der Bankier und damalige Duma-Abgeordnete Alexander Lebedew gewesen war. Die Proteste von Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften, darunter des international renommierten Ökonomen Viktor Polterowitsch, gegen die Verwendung politischer Argumente in einer wissenschaftsinternen Angelegenheit wurden übergangen.

Wenn Beobachter dieses Vorgangs an stalinistische Zeiten erinnert werden, so gilt das nur in einer Hinsicht: Wie schon damals spielen Tatsachen und die fachliche Kompetenz dessen, der in Ungnade gefallen ist, keine Rolle. In diesem Fall aber war die Aktion nicht, wie in sowjetischer Zeit, »von oben« angeordnet worden, sondern entsprang Glasjews Absicht, die einflussreiche Leitungsposition seinem Kollegen im Isborsker Klub, Alexander Agejew, zuzuschancen. Letzterer ist bislang nicht durch Beiträge zur Wirtschaftswissenschaft in Erscheinung getreten, sondern betätigt sich als Futurologe. Er hat nach eigener Darstellung mit Hilfe einer Formel berechnet, dass Russland in historischen Zyklen von 80 Jahren lebt, während China und europäische Staaten Aktivitätszyklen von 60 Jahren aufweisen. Russland gerate daher regelmäßig in Rückstand zu diesen Ländern, den es in einem »großen Durchbruch« aufholen müsse, womit er mit Glasjew konform geht.

Folgen die zuständigen Behörden (die Kommission für Wissenschaft und Bildung beim Präsidenten sowie die Föderale Agentur für wissenschaftliche Organisationen) dem Besetzungsvorschlag Glasjews, wird Agejew dafür sorgen, dass nicht nur er selbst, sondern auch sein Förderer ein prominentes Podium für die Propagierung ihrer verwandten obskuren historischen Gesetze und dem auf ihnen beruhenden »besonderen Weg« Russlands erlangt. Konträre Meinungen dürften am Wirtschaftsinstitut dann nicht mehr geduldet werden.

Roland Götz

Tabelle 1: Makroökonomische Daten

		2010	2011	2012	2013	2014	Sept. 2015
Erdölpreis (Marke Urals)	USD/Barrel	78	109	108	111	98	46*
Rubelkurs	RUB/USD	30	32	31	33	59	65*
Inflationsrate (Konsumgüter)	%	9	6	7	7	11	16
Leitzins der Zentralbank*	%	7,75	8,0	8,25	6,5	18,0	11,0
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts	%	4,5	4,3	3,4	1,3	0,6	-3,4**

*am Periodenende; **erstes Halbjahr 2015 gegenüber erstes Halbjahr 2014; Anmerkung: Der Leitzins gilt für eintägige Einlagen der Kreditinstitute bei der Zentralbank und stellt damit die Zinsuntergrenze für deren Kredite dar.

Quellen: BOFIT Russian Statistics, 21. 10. 2015, http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx, Central Bank of Russia: Overnightcreditrates, http://cbr.ru/eng/hd_base?PrtId=overnight.

Allgemeine Angaben des BOFIT zur Wirtschaftsentwicklung in Russland: siehe Tabelle 6 auf S. 19.

ANALYSE

Die Russland-Sanktionen der Europäischen Union: Feigenblatt oder politischer Trumpf?

Monika Wohlmann, Düsseldorf

Zusammenfassung

Die seit März 2014 angesichts der Lage in der Ukraine und gegenüber Russland eingeführten Sanktionen der Europäischen Union (EU) haben bisher als Druckmittel nicht ausgereicht, um eine Lösung des Konflikts in der Ukraine herbeizuführen. Vor diesem Hintergrund werden die von der EU getroffenen Sanktionen näher untersucht und auf ihre Wirksamkeit geprüft.

»Intelligente« Sanktionen

Ende der 1990er Jahre wurde durch die Schweizer Regierung ein Prozess initiiert, um ein Konzept für sogenannte »intelligente« Sanktionen zu entwickeln. Ziel war es, Sanktionen so zu gestalten, dass sie einerseits durch ihre Wirkung auf die politisch Verantwortlichen Druck ausüben, andererseits aber negative Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung oder auf Drittländer minimieren. In diesem Sinne sind auch die Sanktionen im Zuge der Ukraine-Krise als »intelligente« Sanktionen ausgestaltet worden und richten sich gegen ausgewählte natürliche oder juristische Personen und bestimmte Sektoren oder Gütergruppen (s. Tabelle 2 auf S. 15). Alle Maßnahmen werden von der EU laufend überarbeitet und sind bis in das Jahr 2016 hinein verlängert worden.

Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen

Anfang März 2014 wurde eine Liste von Personen veröffentlicht, deren Vermögen in der EU eingefroren wurde. Wenig später wurden weitere Personen gelistet, denen

darüber hinaus auch die Einreise in bzw. die Durchreise durch die EU untersagt wird. Während den Personen der ersten Liste im Wesentlichen strafrechtliche Handlungen nach ukrainischem Recht vorgeworfen werden, werden in der zweiten Liste Personen mit restriktiven Maßnahmen belegt, die für Handlungen verantwortlich sind, die die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine bedrohen.

Eine Auswertung der von Sanktionen betroffenen natürlichen Personen (s. Grafik 1 auf S. 16 und Grafik 2 auf S. 17) zeigt, dass es sich hier zu etwa der Hälfte um Personen handelt, die zurzeit in der Ukraine aktiv sind. Über 70 Prozent der gelisteten Personen bekleiden bzw. bekleideten politische Ämter. Militärische Akteure machen dagegen nur etwa ein Viertel aus, obwohl diese Kategorie bereits weit ausgelegt wurde, indem auch Mitglieder des Sicherheitsrates hierzu gezählt wurden. Alles in allem richten sich diese Sanktionen damit vorwiegend gegen politische Akteure, die in der Ukraine selbst aktiv sind.

Die Liste der natürlichen Personen wurde im Mai 2014 durch juristische Personen ergänzt, deren Vermögen in der

EU eingefroren wurde. In der Mehrheit handelt es sich hierbei jedoch nicht um Unternehmen im eigentlichen Sinn sondern um politische Separatistenbewegungen und bewaffnete Einheiten, die zusammen 62 Prozent der gelisteten juristischen Personen ausmachen (s. Grafik 3 auf S. 17). Die meisten gelisteten juristischen Personen dürften kaum Vermögen in der EU besitzen, so dass sie von der Sanktion des Einfrierens wenig betroffen sein dürften. Die Listung zielt vielmehr drauf ab, auch künftig keine Geschäfte mit diesen Einheiten zu tätigen und ihnen wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung aus der EU zu untersagen.

Die Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen richten sich insgesamt ausschließlich gegen unmittelbar mit der Annektierung der Krim und der Separationsbewegung in der Ost-Ukraine verbundene Personen und Körperschaften.

Als Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim hat die EU im Juni 2014 außerdem restriktive Maßnahmen beschlossen, die die Wirtschaftsbeziehungen mit der Krim stark einschränken. Diese Maßnahmen sind auf bestimmte Sektoren begrenzt, um den Schaden für die Bevölkerung gering zu halten. Die Sanktionen bestätigen, dass die neue Republik Krim und die Stadt Sewastopol auch als Wirtschaftspartner nicht anerkannt werden. Damit üben diese Sanktionen indirekt Druck aus, da die Region in ihrer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung behindert wird.

Selektive Wirtschaftssanktionen

Im September 2014 wurden die bisherigen Maßnahmen durch selektive Wirtschaftssanktionen gegen russische Unternehmen verstärkt. Diese Sanktionen zielen nun direkt darauf ab, die russische Wirtschaft bzw. die russische Regierung zu treffen. Im Unterschied zu den bisherigen Sanktionen sind jetzt nicht nur mit der Ukraine bzw. der Krim in Verbindung stehende Unternehmen betroffen sondern auch russische Unternehmen ohne unmittelbare Beziehungen zur Ukraine oder der Krim. Sanktionen wurden in erster Linie für die Sektoren Finanzdienstleistungen, Rüstung und Energie verhängt.

Größeren Kreditinstituten, die mehrheitlich unter Kontrolle des russischen Staates stehen, sowie deren Tochterunternehmen ist es untersagt, Schuldverschreibungen, Kapitalbeteiligungen und sonstige Finanzierungsinstrumente mit einer Laufzeit von über 30 Tagen im EU-Kapitalmarkt zu begeben oder zu handeln. Die betroffenen russischen Banken sowie einige russische Großunternehmen wurden namentlich aufgelistet (s. Tabelle 3 auf S. 15).

Da der russische Bankensektor in hohem Maße konzentriert und in staatlicher Hand ist, machen die betroffenen Banken mit ihren Töchtern, gemessen am Netto-Anlagevermögen, Ende 2014 fast 60 Prozent des Bankensektors aus (s. Tabelle 3 auf S. 15). Der Bankensektor ist damit

durch gezielte Sanktionen maßgeblich betroffen, denn mit der EU fällt ein wichtiger ausländischer Kapitalmarkt weg.

Bei den gelisteten Unternehmen handelt es sich um Unternehmen, die auch für militärische Zwecke produzieren und unter mehrheitlicher Kontrolle des russischen Staates stehen. Finanzsanktionen gegen diese Unternehmen dürften daher konkret dadurch motiviert sein, die Finanzierung der Waffenproduktion zu erschweren.

»Rosneft« ist mit Abstand Russlands größter Erdölproduzent mit einem Marktanteil von rund 38 Prozent (s. Tabelle 3 auf S. 15), »Gasprom Neft« steht an vierter Stelle (6 Prozent Marktanteil) und »Transneft« betreibt das staatliche Monopol der Erdölpipelines. Mit diesen Sanktionen wird gezielt die russische Erdölproduktion als wichtiger Industriezweig Russlands angegriffen, um dadurch Druck auf die politischen Machthaber auszuüben, die nun um Deviseneinnahmen aus dem Erdölgeschäft fürchten müssen. Es wird bisher allerdings nur die Erdöl- und nicht die Gasproduktion sanktioniert, da die Abhängigkeit Europas von russischen Gaslieferungen eine Sanktionierung hier offensichtlich nicht opportun erscheinen lässt.

Neben den bisher beschriebenen Finanzsanktionen, durch die die russischen Erdölfirmer betroffen sind, ist die Sanktionierung dieses Sektors noch durch weitere Maßnahmen verstärkt worden, indem der Know-How-Transfer, konkret die Lieferung von Technologien im Bereich der Erdölförderung in der Tiefsee, der Arktis oder der Gewinnung von Schieferöl, verboten wurde. Insgesamt betreffen die Sanktionen im Erdölsektor weniger die laufende Produktion als vielmehr den Ausbau des Erdölsektors, da der Zugang zu Finanzmitteln durch die Finanzsanktionen erschwert und durch den untersagten Technologietransfer die Erschließung neuer Geschäftsfelder behindert wird.

Der Zuschnitt der Sanktionen im Erdölsektor zeigt die Gratwanderung, die die EU mit ihren Sanktionen gehen muss: Einerseits ist der Energiesektor ein wichtiges Standbein der russischen Wirtschaft, so dass Sanktionen, die hier ansetzen, den Staat empfindlich treffen können. Andererseits ist die europäische Wirtschaft auf russische Energielieferungen angewiesen, so dass sie sich mit Sanktionen ins eigene Fleisch schneiden würde. Diese Überlegungen schränken den Kreis der möglichen und potenziell wirksamen Sanktionen in diesem Sektor deutlich ein.

Des Weiteren wurden die Ein- und Ausfuhr von Rüstungsgütern von und nach Russland sowie die Ausfuhr von spezifizierten Gütern mit doppeltem, also zivilem und militärischem Verwendungszweck – sogenannte Dual-Use-Güter – untersagt. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf Dienstleistungen und Finanzhilfen und wurde durch eine Liste von Unternehmen ergänzt, an die keine Dual-Use-Güter verkauft werden dürfen. Hierbei handelt es sich um neun Unternehmen, die auch für militärische Zwecke produzieren (s. Tabelle 4 auf S. 15). Alles in

allem sind die Sanktionen gegen die russische Rüstungsindustrie Folge der nicht nur politischen sondern auch militärischen Unterstützung der Separatistenbewegung durch Russland. Daher können Waffenembargos nicht nur auf den Konflikt in der Ukraine begrenzt bleiben.

Politische, wirtschaftliche und andere Sanktionen

Mit den Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise hat die EU erstmalig Sanktionen gegen eine bedeutende politische Weltmacht verhängt, die ihr zudem noch geografisch nahe steht. Damit kommt diesen Sanktionen eine besondere politische Brisanz zu. Neben Sanktionen, die darauf abzielen, den bewaffneten Konflikt zu entschärfen, indem sie die Rüstungsindustrie schwächen, sind auch Sanktionen ergriffen worden, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang zum bewaffneten Konflikt stehen, im Sinne von intelligenten Sanktionen aber Druck auf die politisch Verantwortlichen ausüben sollen. In diesem Zusammenhang sind z. B. die Finanzsanktionen gegen russische Banken und die Sanktionen im Erdölsektor zu nennen.

Da kriegsbezogene Sanktionen den Konflikt in der Regel nicht lösen sondern nur entschärfen können, fällt den politisch motivierten Sanktionen die bedeutendere Rolle bei der Konfliktlösung zu. Im Folgenden werden die getroffenen Sanktionsmaßnahmen daher in diese zwei Kategorien unterschieden. Des Weiteren werden als dritte Kategorie noch Maßnahmen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Krim und Sewastopols betreffen, separat gefasst (s. Tabelle 5 auf S. 16).

Gegen militärische Aktionen gerichtet sind alle Sanktionen, die die Produktion von Rüstungsunternehmen und Waffenlieferungen beschränken können. Hierunter fallen sowohl die Finanz- als auch die Ein- und Ausfuhrbeschränkungen. Des Weiteren gehören hierzu auch Einreiseverbote und Vermögenseinfrierungen von politischen und bewaffneten Gruppierungen. Gegen politisches Verhalten richten sich Sanktionen, die politische und militärische Machthaber persönlich betreffen oder Sanktionen, die auf Sektoren wirken, die nicht unmittelbar mit

dem bewaffneten Konflikt in Zusammenhang stehen, wie z. B. Sanktionen gegen den russischen Bankensektor und die russische Erdölindustrie. Im weiteren Sinne können hierzu auch die Sanktionen der Kategorie 3, die die wirtschaftliche Entfaltung der Krim betreffen, subsumiert werden, denn durch die wirtschaftliche Ächtung der Krim soll auch politischer Druck aufgebaut werden.

Fazit

Das Erfolgspotenzial der Sanktionen gegen politisches Verhalten hängt von ihren wirtschaftlichen Auswirkungen ab. Nur wenn die wirtschaftlichen Folgen gravierend sind, können die Sanktionen ein ausreichendes Druckmittel darstellen – wenngleich dies allein noch nicht ihren Erfolg garantiert. Die natürlichen Personen aus Militär und Politik sind in ihrer persönlichen Reisefreiheit betroffen. Darüber, ob das Einfrieren ihrer Vermögen auch wirtschaftliche Konsequenzen hat, ist wenig bekannt bzw. es wird zumindest offiziell verneint. Der russische Bankensektor ist durch die Dominanz der Staatsbanken in seiner Auslandsfinanzierung im Vergleich zu früher deutlich eingeschränkt. Mit dem Erdölsektor richten sich die Sanktionen gegen einen bedeutenden Wirtschaftszweig Russlands, durch die Eingrenzung der Sanktionen auf bestimmte Geschäftsfelder (Tiefsee, Arktis und Schieferöl) ist die Betroffenheit aber stark vermindert. Die größten wirtschaftlichen Auswirkungen sind daher im Bereich des Bankensektors zu sehen, der über seine Finanzierungsfunktion auch auf weitere Wirtschaftsbereiche ausstrahlt.

Alles in allem dürfte damit der politische Druck, der durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen ausgeübt wird, begrenzt bleiben, da wichtige Bereiche wie z. B. Deviseneinnahmen aus der laufenden Öl- und Gasproduktion ausgenommen wurden. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der von der EU verfolgten Politik, auf diplomatischem Wege eine Lösung zu finden und daher keine Fronten durch Sanktionen zu verhärten, die Russland empfindlich treffen könnten. Somit reizen die Wirtschaftssanktionen ihre Möglichkeiten nicht aus und bleiben eher das Feigenblatt als das durchgreifende politische Druckmittel.

Über die Autorin

Monika Wohlmann ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der FOM Hochschule in Düsseldorf. Vorarbeiten für diesen Aufsatz entstammen der Master-Arbeit von Martin Asmann.

Lesetipps

- Deuber, Gunter: Russischer Banken- und Finanzmarkt im Sanktionskonzept, in: *Russland-Analysen* Nr. 285, 07.11.2014, S. 6–18; <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen285.pdf>>.
- Europäische Union: EU-Sanktionen gegenüber Russland aufgrund der Krise in der Ukraine, Brüssel, 2015; <http://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu_sanctions/index_de.htm>.
- Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO): Smart Sanctions – Gezielte Sanktionen, Bern, 2015, <<http://www.seco.admin.ch/themen/00513/00620/00639/index.html?lang=de>>.

Tabelle 2: Kurze Zusammenfassung der EU-Sanktionen im Zeitablauf

Zeitpunkt	Maßnahme
ab März 2014	Einfrieren von Vermögenswerten und Reisebeschränkungen für einzelne natürliche und juristische Personen
ab Juni 2014	Wirtschaftliche Beziehungen zur Krim und zu Sewastopol stark eingeschränkt
ab August/ September 2014	Selektive Wirtschaftssanktionen gegen Russland: Waffenembargo, Aus- und Einfuhrverbote für bestimmte Güter und Dienstleistungen sowie Finanzsanktionen

Quelle: Darstellung von Monika Wohlmann basierend auf den Beschlüssen des Europäischen Rates <http://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu_sanctions/index_de.htm>

Tabelle 3: Von Finanzsanktionen betroffene Unternehmen

Nr.	Unternehmen	Branche	Marktanteil
1.	Sberbank	Finanzdienstleistungen	29,3 %
2.	VTB Bank	Finanzdienstleistungen	18,6 %
3.	Gazprombank	Finanzdienstleistungen	6,5 %
4.	Vneshekonombank (VEB)	Finanzdienstleistungen	-
5.	Rosselchosbank	Finanzdienstleistungen	3,0 %
6.	OPK Oboronprom	Luftfahrt (auch militärisch)	
7.	United Aircraft Corporation	Luftfahrt (auch militärisch)	
8.	Uralwagonsawod	Maschinenbau (Militär)	
9.	Rosneft	Erdölsektor	38,0 %
10.	Gazprom Neft	Erdölsektor	6,0 %
11.	Transneft	Erdölsektor	-

Anmerkung: Der Marktanteil der russischen Banken bezieht sich auf ihren Anteil an der gesamten Nettovermögensposition im Dezember 2014. Tochterunternehmen wurden hierbei mit eingerechnet. Der Marktanteil der Erdölunternehmen wurde auf Grundlage des Fördervolumens im Jahr 2013 berechnet.

Quelle: Anhang des Beschlusses 2014/512/GASP des Rates, Anhang II und III des Beschlusses 2014/659/GASP des Rates, Eastern Bloc Research: CIS and East European Energy Databook 2014, Informazionnoje agentstwo »banki.ru«.

Tabelle 4: Gelistete Unternehmen, denen keine Dual-Use-Güter verkauft werden dürfen

Nr.	Unternehmen	Branche
1.	JSC Sirius	Optoelektronik für zivile und militärische Zwecke
2.	OJSC Stankoinstrument	Maschinenbau für zivile und militärische Zwecke
3.	OAo JSC Chemcomposite	Materialien für zivile und militärische Zwecke
4.	JSC Kalaschnikow	Kleinwaffen
5.	Waffenfabrik JSC Tula	Waffensysteme
6.	NPK Technologii Maschinostrojenija	Munition
7.	OAo Wysokototschnyje Kompleksy	Flugabwehr- und Panzerabwehrsysteme
8.	OAo Almas Antej	staatseigenes Unternehmen; Waffen, Munition, Forschung
9.	OAo NPO Basalt	staatseigenes Unternehmen; Herstellung von Maschinen zur Herstellung von Waffen und Munition

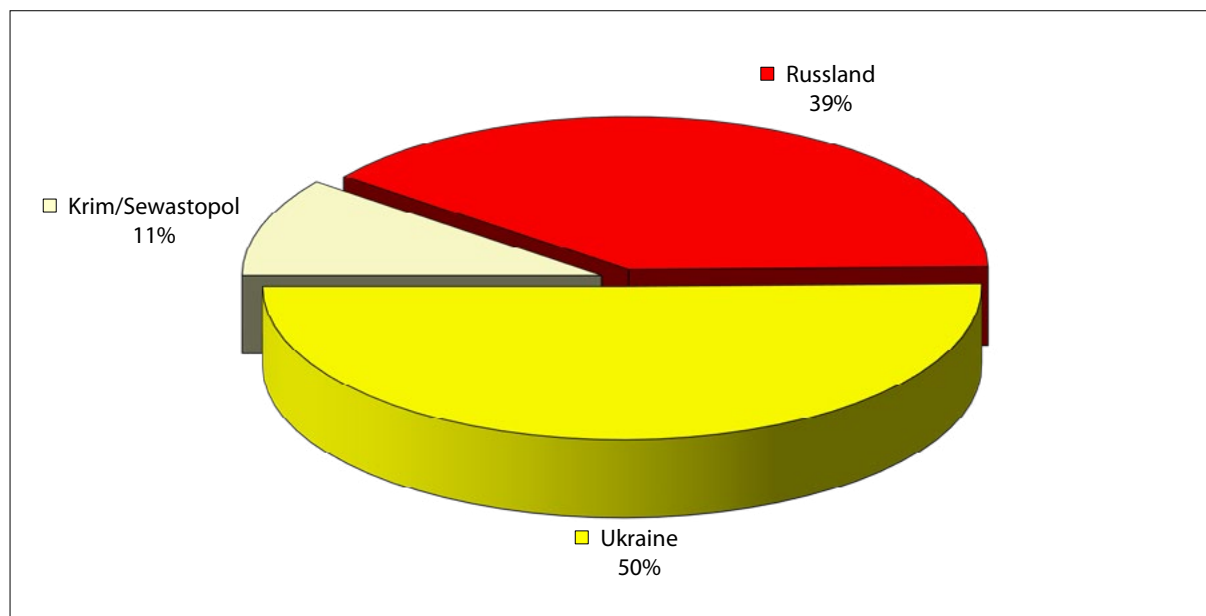
Quelle: Beschluss 2014/659/GASP des Rates, Anhang IV <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32014D0659&rid=>>

Tabelle 5: Sanktionen unterschieden nach ihrer Wirkung

Kategorie 1: Gerichtet gegen militärische Aktionen
Listung von Separatistengruppen und bewaffnete Einheiten, um deren Finanzierung zu unterbinden
Finanzsanktionen gegen Erdölunternehmen, um die Einnahmen des russischen Staates zu beschneiden
Finanzsanktionen gegen Waffenproduzenten
Ein- und Ausfuhrverbote von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern, Listung von Unternehmen in diesem Zusammenhang
Kategorie 2: Gerichtet gegen politisches Verhalten
Listung von politischen und militärischen Entscheidungsträger sowie Geschäftsleuten aus Russland und der Ukraine
Finanzsanktionen gegen russische Banken
Finanzsanktionen gegen russische Erdölunternehmen
Sanktionen gegen den Ausbau der russischen Erdölförderung
Kategorie 3: Wirtschaftliche Entwicklung der Krim und Sewastopols
Listung von Unternehmen auf der Krim, deren Eigentum widerrechtlich übertragen wurde, oder die durch ihre Tätigkeit auf der Krim, die dortige wirtschaftliche Entwicklung stützen
Einschränkung der Handelsbeziehungen mit der Krim

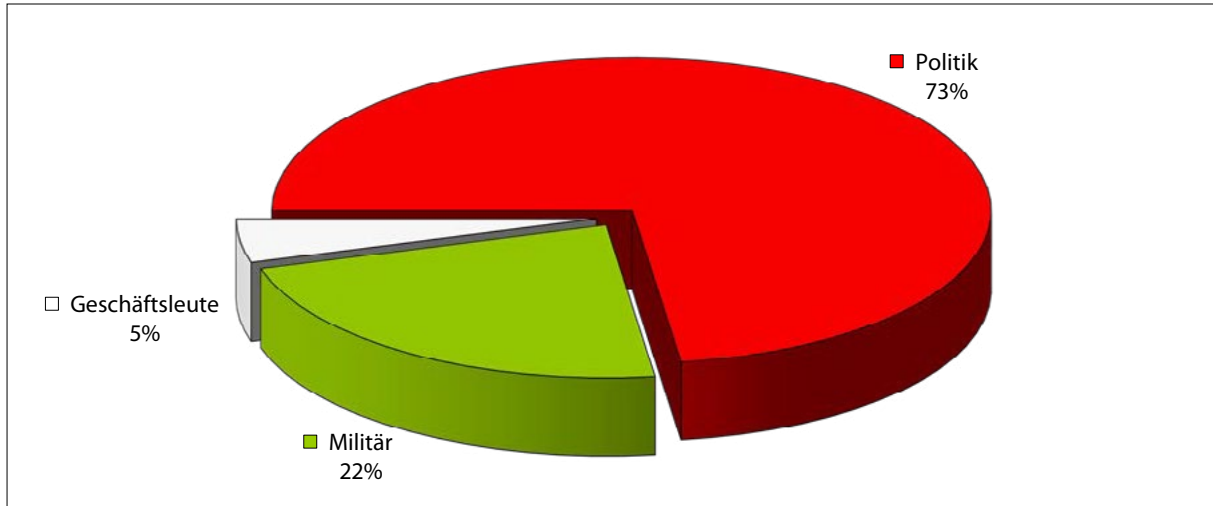
Quelle: Darstellung von Monika Wohlmann.

Grafik 1: Regionale Zuordnung der sanktionierten natürlichen Personen



Quelle: Auswertung von Monika Wohlmann basierend auf den Beschlüssen des Europäischen Rates 2014/119/GASP und 2014/145/GASP sowie allen nachfolgenden Ergänzungen und Änderungen. <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:02014D0119-20151006&qid=1447518290272&from=DE>> und <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:02014D0512-20151003&rid=10>>

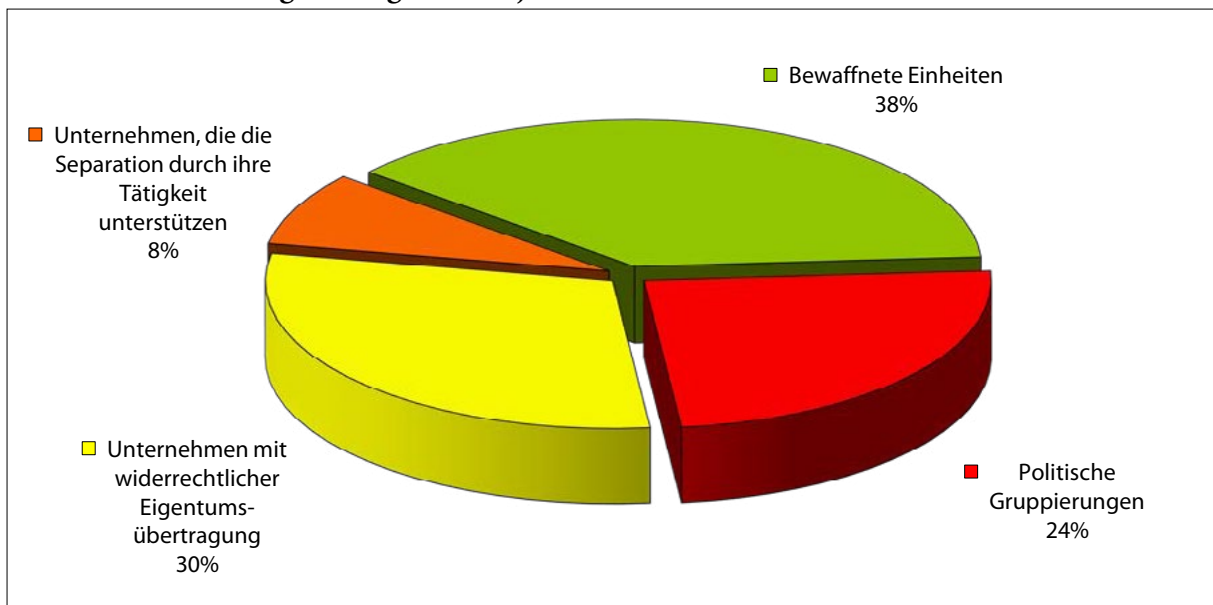
Grafik 2: Tätigkeitsbereich der sanktionierten natürlichen Personen



Anmerkung: Unter »Politik« sind aktuelle und ehemalige Inhaber von politischen Ämtern oder deren Berater gefasst. »Militär« umschließt neben offiziellen und inoffiziellen Militärbefehlshabern auch die Mitglieder des Sicherheitsrates. Unter »Geschäftsleute« sind die übrigen natürlichen Personen gefasst, die keiner der beiden anderen Gruppen eindeutig zuzuordnen waren.

Quelle: Auswertung von Monika Wohlmann basierend auf den Beschlüssen des Europäischen Rates 2014/119/GASP und 2014/145/GASP sowie allen nachfolgenden Ergänzungen und Änderungen. <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:02014D0119-20151006&qid=1447518290272&from=DE>> und <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:02014D0512-20151003&rid=10>>

Grafik 3: Zuordnung der aufgeführten juristischen Personen

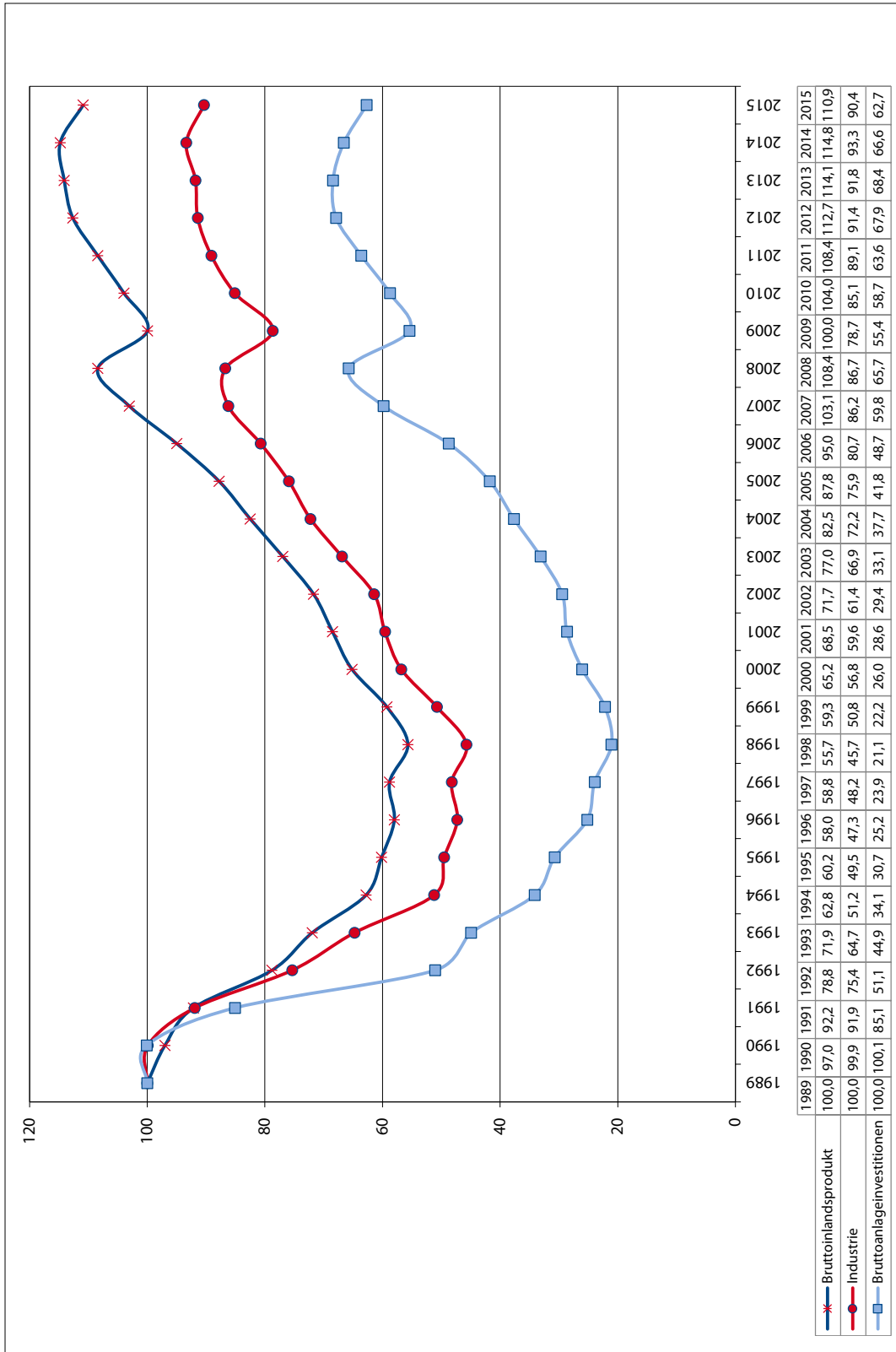


Quelle: Eigene Auswertung basierend auf dem Beschluss 2014/145/GASP des Europäischen Rates sowie nachfolgenden Ergänzungen und Änderungen <<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:02014D0512-20151003&rid=10>>

STATISTIK

Die Entwicklung der russischen Wirtschaft nach den Angaben des BOFIT

Grafik 4: Entwicklung der Wirtschaft Russlands 1989–2015 (in %, 1989=100)



Quelle: <http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastor/Pages/default.aspx>

Tabelle 6: Makroökonomische Indikatoren der russischen Wirtschaft nach den Angaben des BOFIT (2006–2015)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bruttoinlandsprodukt, Veränderung in % zum Vorjahr	8,2%	8,5%	5,2%	-7,8%	4,5%	4,3%	3,4%	1,3%	0,6%	-3,4%**
Bruttoinlandsprodukt, Rubel, Milliarden	26.917	33.248	41.277	38.807	46.308	55.967	62.176	66.190	71.406	34.056**
Bruttoinlandsprodukt, Euro, Milliarden*	789	949	1.133	879	1.150	1.369	1.557	1.563	1.401	527**
Bruttoinlandsprodukt, US-Dollar, Milliarden*	991	1.300	1.658	1.223	1.525	1.904	2.001	2.077	1.850	589**
Industrieproduktion, Veränderungen im % zum Vorjahr	6,3%	6,8%	0,6%	-10,7%	7,3%	5,0%	3,4%	0,4%	1,7%	-3,2%***
Bruttoanlageinvestitionen, Veränderungen im % zum Vorjahr	17,8%	23,8%	9,5%	-13,5%	6,3%	10,8%	6,8%	0,8%	-2,7%	-5,8%***
Einzelhandel, Veränderungen im % zum Vorjahr	14,1%	16,1%	13,7%	-5,1%	6,5%	7,1%	6,3%	3,9%	2,5%	-8,5%***
Export, Mrd. US-Dollar	297,5	346,5	466,3	297,2	392,7	515,4	527,4	523,3	497,8	233,6****
Import, Mrd. US-Dollar	163,2	223,1	288,7	183,9	245,7	318,6	335,8	341,3	308,0	127,0****
Arbeitslosigkeit in % (Ende der Periode)	6,8%	6,0%	7,6%	8,0%	7,0%	6,0%	5,1%	5,6%	5,3%	5,2%*****
Bevölkerung, Mio., Ende des Jahres	142,8	142,8	142,7	142,8	142,9	143,0	143,3	143,3	143,7	

* Jahresdurchschnitt

** 1. u. 2. Quartal 2015

*** Januar – September 2015

**** Januar – August 2015

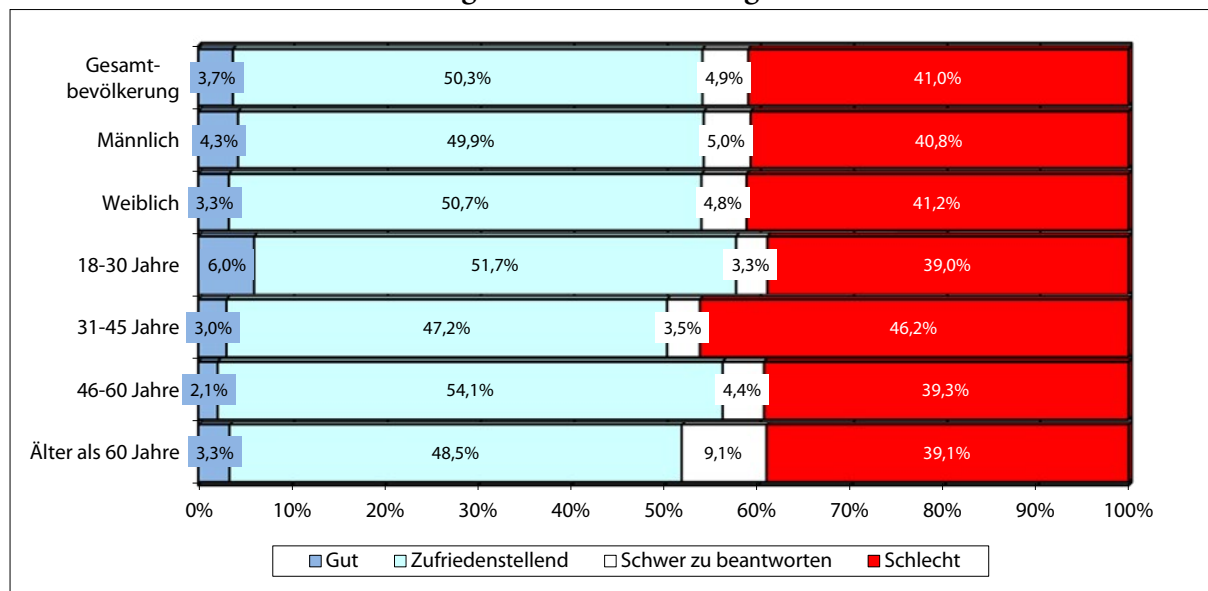
***** September 2015

Quelle: <http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx>

UMFRAGE

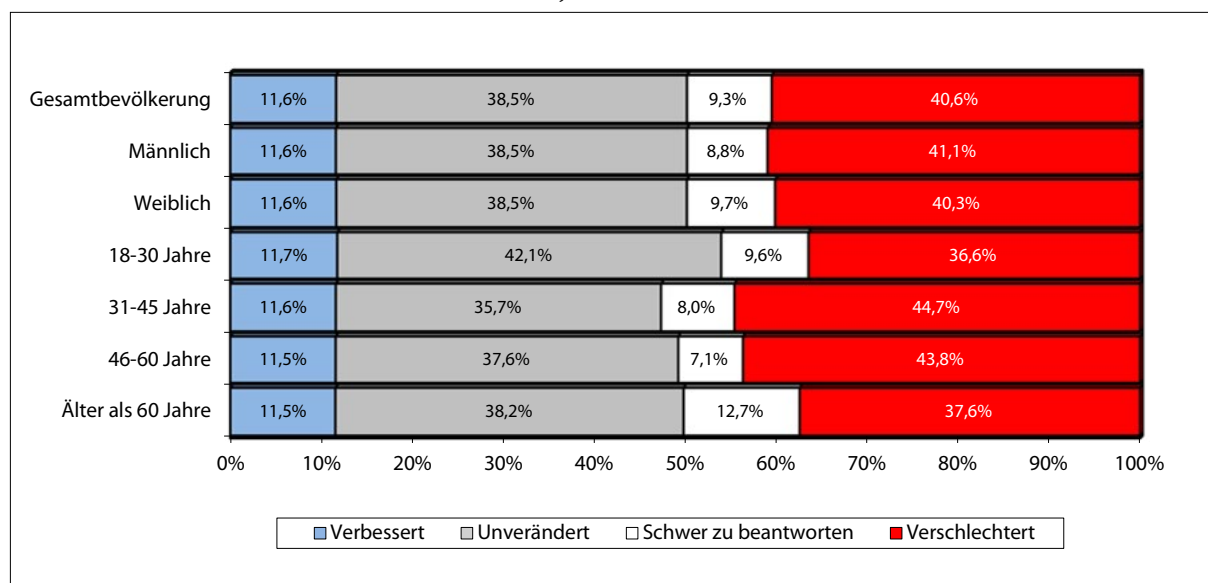
Die Wirtschaftslage Russlands in den Augen der Verbraucher

Grafik 5: Ist die wirtschaftliche Lage in Russland derzeit gut, zufriedenstellend oder schlecht?



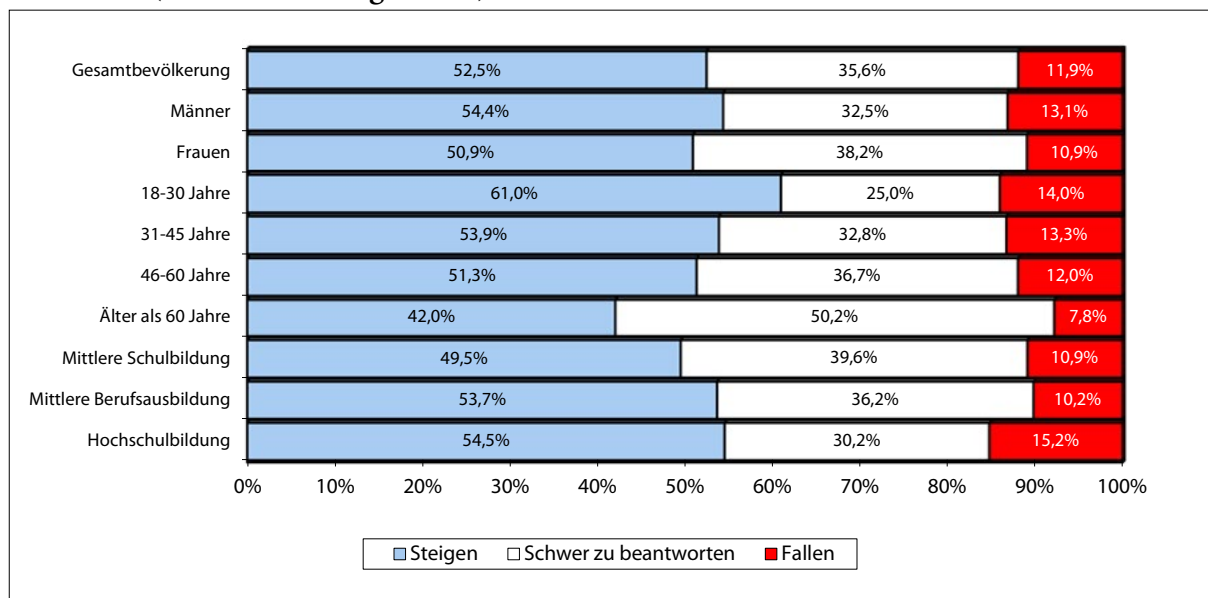
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM im Zeitraum vom 31. Oktober – 1. November 2015; N= 1500; <<http://fom.ru/Ekonomika/12388>>, 12. November 2015

Grafik 6: Hat sich die wirtschaftliche Lage in Russland in der letzten Zeit verändert oder nicht? Und wenn sie sich verändert hat, hat sie sich verbessert oder verschlechtert?



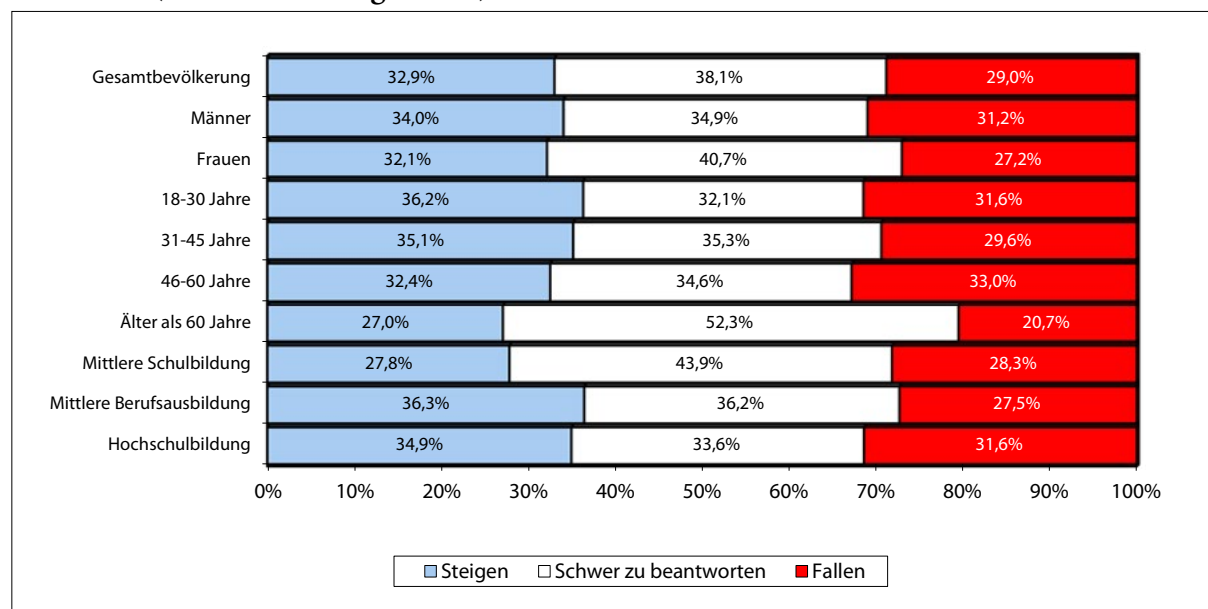
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM im Zeitraum vom 31. Oktober – 1. November 2015; N= 1500; <<http://fom.ru/Ekonomika/12388>>, 12. November 2015

Grafik 7: Was denken Sie, wie wird sich in den nächsten Monaten der Gaspreis entwickeln? (eine Antwortmöglichkeit)



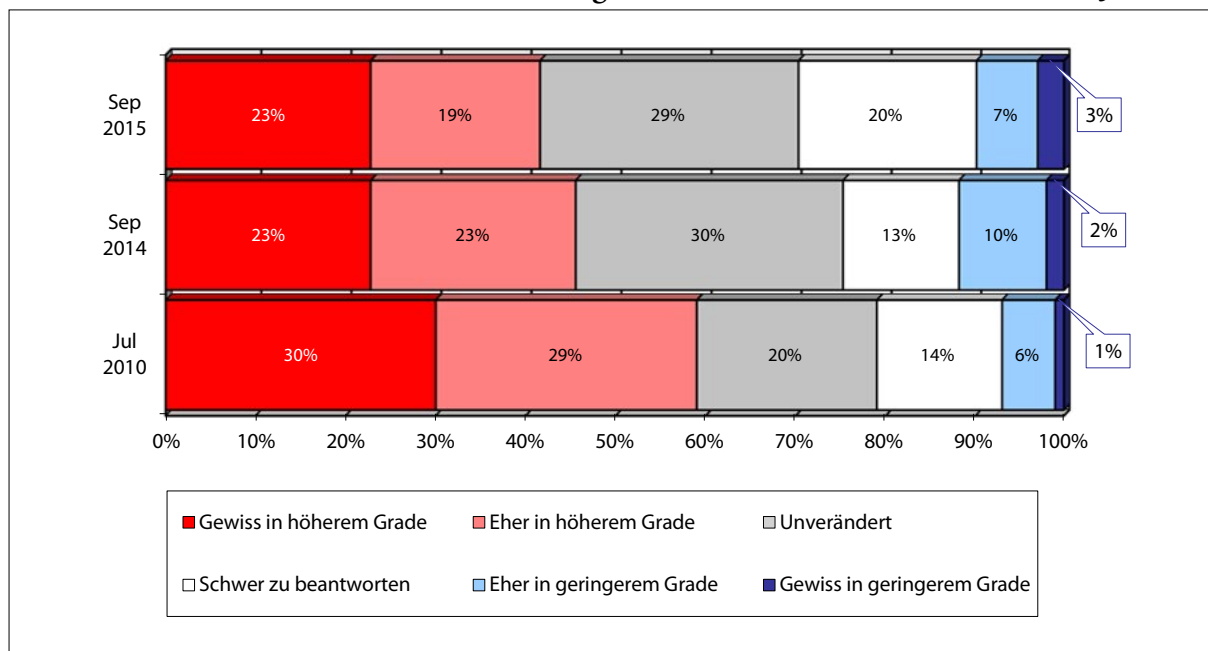
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 10.–11. Oktober 2015; N= 1500; <<http://fom.ru/Ekonomika/12356>>, 21. Oktober 2015

Grafik 8: Was denken Sie, wie wird sich in den nächsten Monaten der Rubelkurs entwickeln? (eine Antwortmöglichkeit)



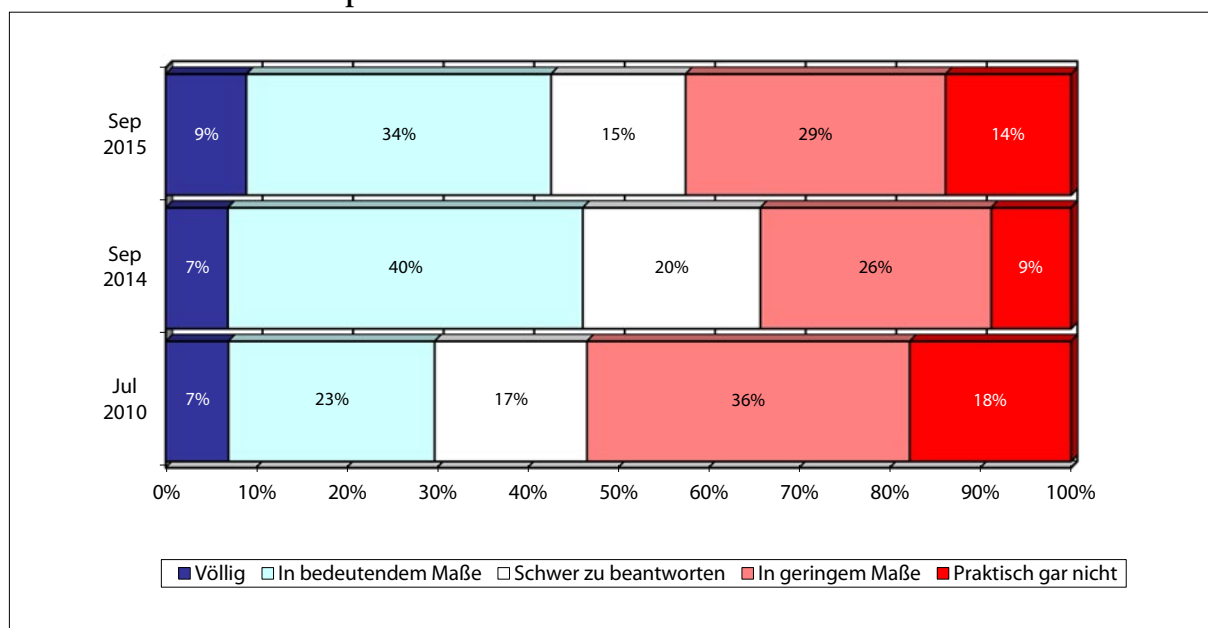
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 10.–11. Oktober 2015; N= 1500; <<http://fom.ru/Ekonomika/12356>>, 21. Oktober 2015

Grafik 9: Bis zu welchem Grade ist Ihrer Meinung nach die »Macht« heute mit den großen Unternehmen verflochten – im Vergleich zu der Situation Ende der 1990er Jahre?



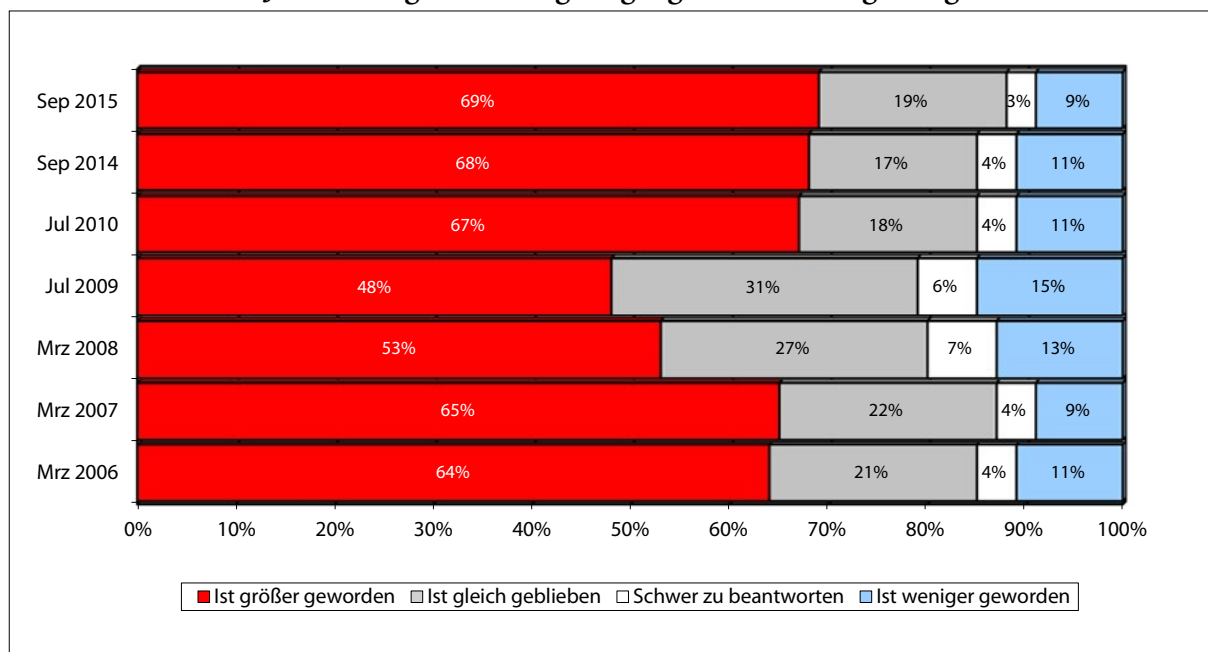
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 7.–10. August 2015; N=1600; <<http://www.lewada.ru/2015/11/11/biznes-i-vlast/>>, 12. November 2015

Grafik 10: Bis zu welchem Grade kontrolliert der Staat die Tätigkeit der in letzter Zeit geschaffenen Staatskorporationen?



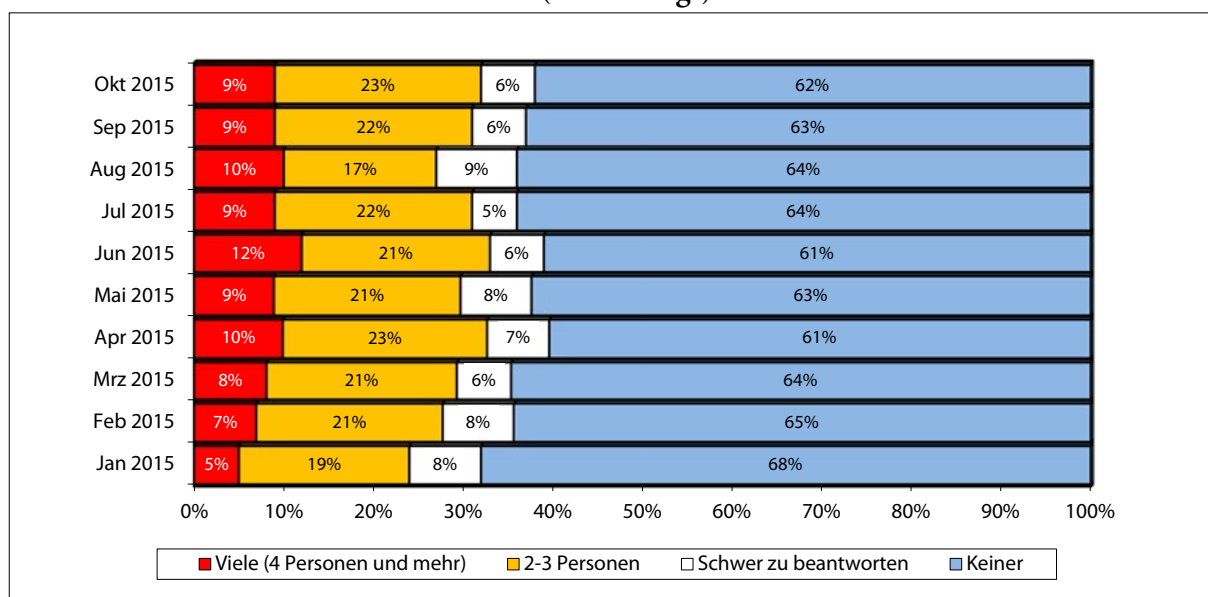
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 7.–10. August 2015; N=1600; <<http://www.lewada.ru/2015/11/11/biznes-i-vlast/>>, 12. November 2015

Grafik 11: Ist der Abstand zwischen Arm und Reich in Russland in den letzten 15 Jahren gegenüber der Jelzin-Zeit gewachsen, geringer geworden oder gleich geblieben?



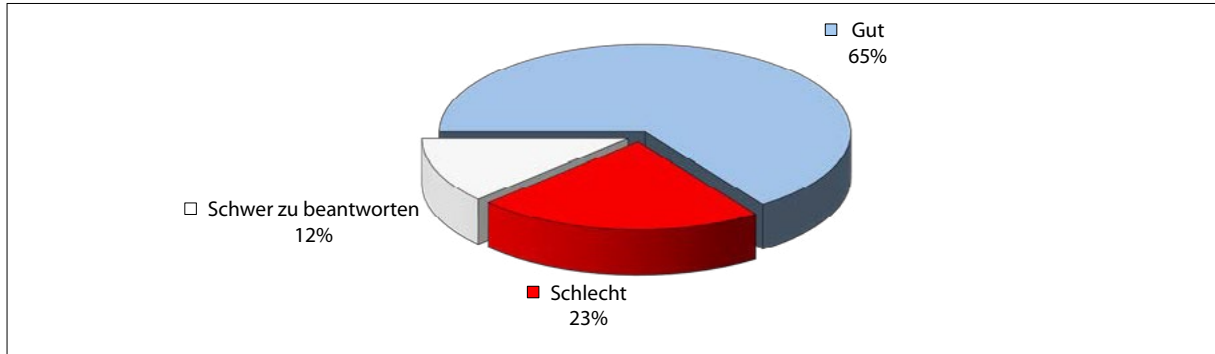
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 7.–10. August 2015; N=1600; <<http://www.lewada.ru/2015/11/11/biznes-i-vlast/>>, 12. November 2015

Grafik 12: Wie viele Personen in Ihrem engsten Umkreis haben in den letzten zwei bis drei Monaten ihre Arbeit verloren? (offene Frage)



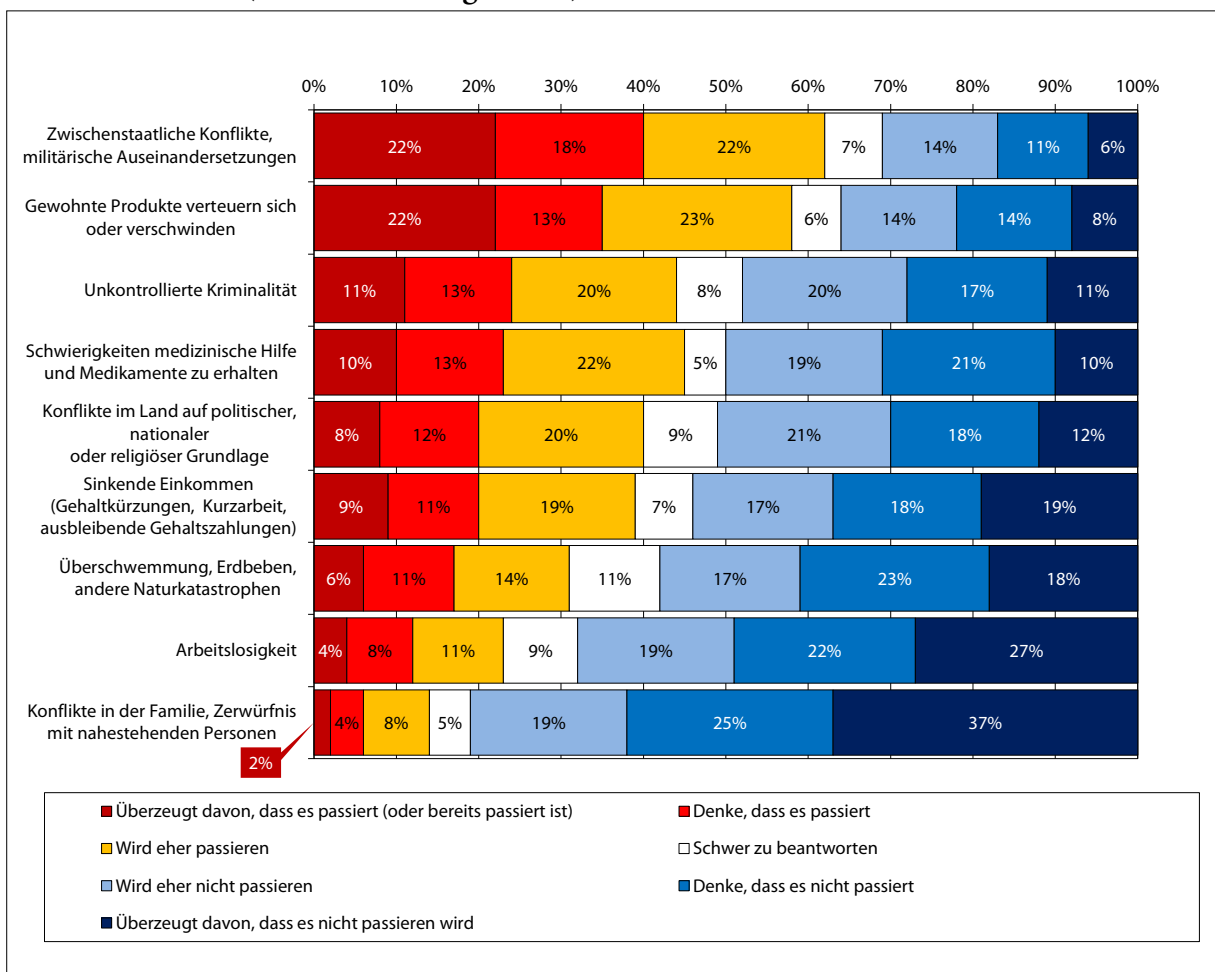
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 24.–25. September 2015; N= 1600; <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115447>>, 3. November 2015

Grafik 13: Wenn Sie Ihre Ernährung im Ganzen betrachten, ernähren Sie sich gut oder schlecht?



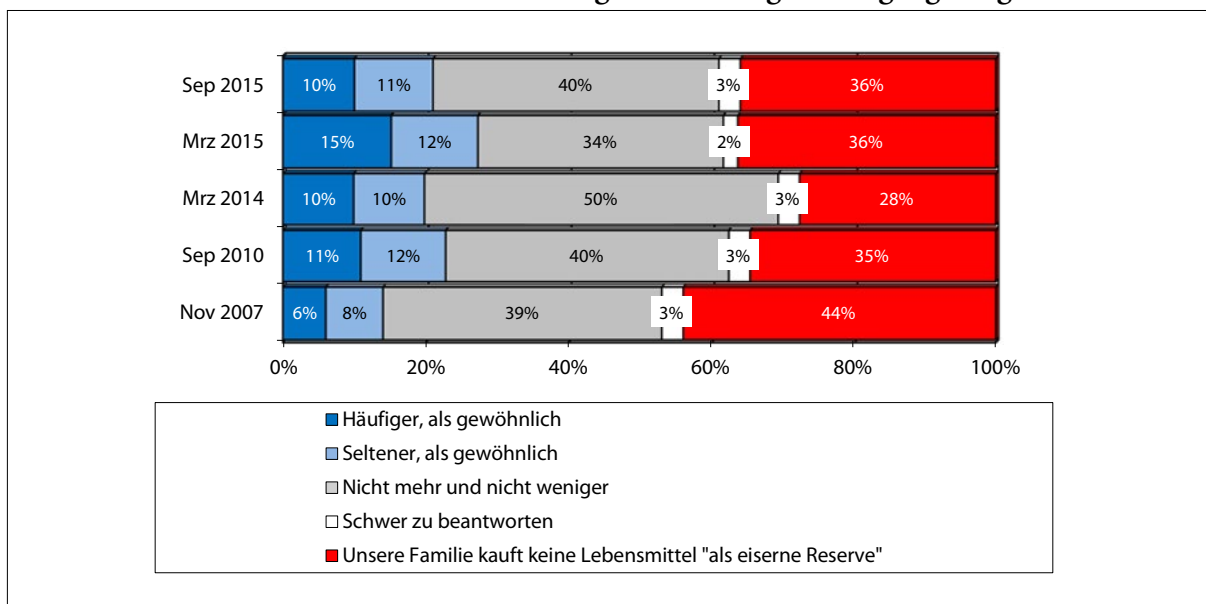
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM im Zeitraum vom 26.–27. September 2015; N=1500; <<http://fom.ru/Ekonomika/12345>>, 13. Oktober 2015

Grafik 14: Für wie wahrscheinlich halten Sie das Eintreten eines der folgenden Probleme in Ihr Leben? (eine Antwortmöglichkeit)



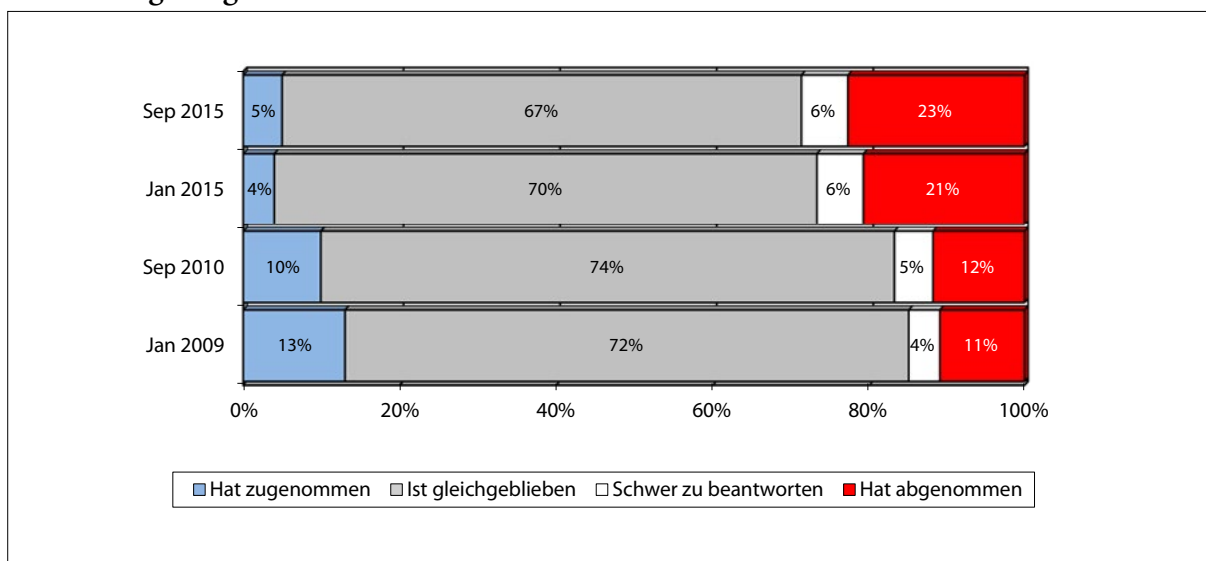
Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 24.–25. Oktober 2015; N= 1600; <<http://wziom.ru/index.php?id=236&cuid=115449>>, 6. November 2015

Grafik 15: Kauft Ihre Familie Produkte »als eiserne Reserve« und wenn ja, haben Sie solche Einkäufe in den letzten Monaten häufiger oder weniger häufiger getätigt?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. September 2015; N= 1600; <<http://www.levada.ru/print/12-10-2015/ekonomika-i-potreblenie>>, 13. Oktober 2015

Grafik 16: Was denken Sie, hat die Auswahl an Waren und Dienstleistungen in dem Ort, in dem Sie leben, in den letzten sechs Monaten zugenommen, abgenommen oder ist sie gleichgeblieben?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 18.–21. September 2015; N= 1600; <<http://www.levada.ru/print/12-10-2015/ekonomika-i-potreblenie>>, 13. Oktober 2015

»Kascha«

Oder: Am Anfang war die Sowjetunion

Jens Siegert, Moskau

Am Anfang war die große Sowjetunion. So ungefähr muss eine – zugegeben etwas polemische – Beschreibung des Gedankenbreis beginnen, der gegenwärtig in den Köpfen vieler Menschen in Russland herumschwappt.

Wie oft, wenn man das Heute verstehen will, hilft auch hier ein Blick zurück. Der sowjetische Dissident und Schriftsteller Alexander Sinowjew beschrieb 1978 im gleichnamigen Roman den *Homo Sovieticus*, den direkten Vorgänger der heutigen Russen. Der *sowjetische Mensch* des Romans ist ein Opportunist, der jegliche Verantwortung scheut. Gleichzeitig hat er ein idealisiertes Bild vom Westen, den er wegen Zensur und Reiseverbots aber nicht aus eigener Erfahrung kennt. Dass der Westen von der staatlichen Propaganda verteufelt wird, macht ihn nur noch attraktiver.

Selbstverständlich erwies sich nach dem Ende der Sowjetunion und der Öffnung der Grenzen für Menschen, Waren und Informationen die idealisierte Vorstellung vom Westen als verfehlt, der erträumte Himmel auf Erden war weit diesseitiger und weltlicher. Zudem gingen in Russland (wie auch in den anderen selbstständig gewordenen Sowjetrepubliken) in den 1990er Jahren einige der hässlicheren Teile westlichen Lebens eine reichlich monströse Symbiose mit den Überbleibseln sowjetischen Lebens ein. Zwar waren die Menschen plötzlich sehr frei. Aber die politischen und gesellschaftlichen Freiheiten wurden schnell von einem dysfunktionalen Staat und einem dysfunktionalen Markt erstickt. Demokratie blieb auf der Strecke. Der (in vielem immer noch sowjetische) Staat zog sich nicht nur aus dem Privatleben und der Wirtschaft der Menschen zurück, er verschwand auch aus vielen Bereichen der Daseinsvorsorge. Das nutzte eine kleine Gruppe von neuen, ja, wie soll man sagen, doch, es waren *Unternehmer*, die, gemeinsam mit Teilen der staatlichen Elite, oft auch in Personalunion, einen großen Teil der ja immer noch enormen, in der Sowjetunion fast ausschließlich vom Staat kontrollierten Reichtümer unter sich aufteilten. Wenige wurden sehr reich. Viele wurden immer ärmer. Übrig blieben Armut, Korruption und sehr viel Unsicherheit.

Die heutige, ähnlich emotional aufgeladene Ablehnung *des Westens* (und besonders seiner Kulmination USA) hat hier ihre Wurzeln. Sie ist ohne die, im Wortsinne »Ent-Täuschung« vor allem in den 1990er Jahren (die zudem von sehr vielen Menschen in Russland als Erniedrigung erlebt wurde oder zumindest im Nach-

hinein als Erniedrigung gedeutet wird) kaum erklärbar und verstehbar.

Nun haben seit dem Ende der Sowjetunion alle Menschen in Russland zumindest theoretisch (also so sie wollen und es sich leisten können), die Möglichkeit in den realen Westen zu reisen. Viele (wenn auch im Landesmaßstab eine Minderheit) haben das getan und tun das auch immer noch. Nicht wenige der Reisenden, aber auch einige der Nichtreisenden sind zu dem vernünftigen Schluss gekommen, dass der echte Westen schlechter ist als der zuvor imaginierte, vor allem aber komplizierter und widersprüchlicher. Dass er mitleidend und solidarisch sein kann, aber eben auch eigennützig und hart ist. Kurz, dass die dort herrschende Freiheit eine Chance ist, an der man arbeiten muss, die zwar keine Garantien bietet, dass aber dennoch eine Chance immer noch besser ist als keine Chance.

Andere, und das ist gegenwärtig die große Mehrheit der Menschen in Russland, sind vom real nach Russland gekommen Kapitalismus abgestoßen. Das dürfte unter anderem daran liegen, wie der britische Historiker Tony Judt sagt, dass in Russland (wie auch sonst in Mittel- und Osteuropa) nach 1989 die »smarten Neoliberalen die Möglichkeit [nutzten], die Dissidenten abzutun und sich gleichzeitig mit ihnen zu schmücken«. Die Dissidenten lieferten der an die Macht gekommenen Mischung aus Markt-Liberalen und reformbereiten sowjetischen Funktionären moralische Autorität, während sie selbst oft in politischer und ökonomischer Naivität verharren. Ökonomische Naivität war aber nicht nur unter Dissidenten verbreitet, sondern auch in großen Teilen der Bevölkerung. In der Spiegelung der sowjetischen Plan- und Mangelwirtschaft war zu Sowjetzeiten die weit verbreitete Illusion gewachsen, im Kapitalismus ginge es darum, dass (noch einmal Tony Judt) »ein Brauer vor allem gutes Bier brauen muss«, während das Entscheidende doch war, »dass sich sein Bier gut verkauft«. Von dieser Illusion haben sich die Nachfolger der sowjetischen Herrschaftselite sehr viel schneller verabschieden können als die »Dissidenten« (hier verstanden als diejenigen, die in erster Linie an Demokratie glauben und glauben). Die neu-alten Herrscher verstehen es (bis heute und weil Machtzynismus schon immer ihr Hauptgeschäft war) viel besser, ihr Bier zu verkaufen als welches zu brauen.

Die wichtigste Verkaufsmethode ist dabei weiterhin eine (weitgehend) monopolisierte staatliche Propa-

ganda. Allerdings wurde sie gründlich »modernisiert«. Sie besteht nun zum einen nicht mehr darin, den Menschen einzutrichtern, wie gut und schön es doch zu Hause sei und dass nur hier und von hier aus eine lichte und glückliche Zukunft zu erwarten sei. Das würde ohnehin kaum mehr jemand glauben. Vielmehr erfahren die Menschen in Russland tagein, tagaus, dass es *dort*, im *Westen* auch nicht besser ist als in Russland. Überall das gleiche, trübe Bild. Allerdings mit einem wichtigen Unterschied. Zu Hause erwartet niemand (mehr) etwas anderes. Dort aber tue man (und vor allem der Staat) so, als ob es dort besser wäre, als ob dort Demokratie herrsche. Das weiß die Staatspropaganda besser. Zur Trübseligkeit kommt *im Westen*, so bläut sie den Menschen ein, also noch Unaufrichtigkeit, ja geradezu unverschämte Lüge. Das macht das Trübe zu Hause ein wenig heimlicher und lässt es in der Fremde noch unwirtlicher erscheinen.

Der zweite Trick geht noch tiefer. Er besteht darin, gar nicht erst Gewissheit zuzulassen. Das ist sozusagen eine postmoderne Herrschaftstechnik. Die Herrschaft behauptet nicht mehr (in erster Linie), sie sei gut, sondern dass es so etwas wie »gute Herrschaft« gar nicht gebe. Zu allem und jedem behaupten die staatlichen Propagandisten das eine und auch sein Gegenteil. Und oft noch etwas Drittes. Alles ist im Fluss, nichts ist mehr sicher. In dieses antiaufklärerische Gebräu lässt sich dann alles mischen, jede noch so obskure Idee, jede noch so konspirative (Welt-)Erklärung. Die Moskauer Buchhandlungen sind längst ein Spiegelbild dieser Methode. Neben wenigen seriösen Werken stehen und liegen dort in Massen pseudowissenschaftliche Machwerke. Je monströser die Idee, umso besser verkauft sie sich.

Die Folge ist in vielen Köpfen das, was auf russisch mit »Kascha«, (deutsch: »Brei«) umschrieben wird. Diesen Brei kann man so wenig analysieren und fein chemisch in seine Bestandteile auflösen wie den Brei in den Köpfen deutscher »Aluhüte«. Tatsächlich sind sie sich sehr ähnlich. Dieser Brei ist (fast) nicht verständlich. Er besteht aus sich oft gegenseitig ausschließenden, im Wortsinn *unfassbaren* Zutaten. Ich will deshalb lieber versuchen, ihn erfahrbar zu machen, indem ich ihn, wie eine Art Gedankenstrom, fließen lasse. Dieser Gedankenstrom beruht auf persönlichen Erfahrungen, dem regelmäßigen (und hoffentlich noch nicht schädlichen) Konsum russischer Medien und sehr vielen Gesprächen mit ganz unterschiedlichen Menschen, von denen nicht wenige eher politikfern sind.

Also: Am Anfang war die große Sowjetunion. Die haben die Juden gegründet. Sie haben den Zar ermordet und das große Russische Imperium und den Rechten Glauben zerstört und den Gulag organisiert. Aber die Russen haben natürlich trotzdem weiter geglaubt.

Heimlich. Dann kam ein großer russischer Herrscher (wenn auch georgischer Herkunft). Der hat die (von den Juden gegründete) Sowjetunion zusammen geschweißt, all die Ukrainer, Kaukasier, Zentralasiaten und andere Brudervölker des großen russischen Volkes.

Nach einiger Zeit war das nicht schlechter als vor der Revolution. Alle liebten einander und niemand war reich oder klaut zuviel. Das hat den europäischen Faschisten nicht gepasst und sie haben die friedliebende Sowjetunion unter ihrem großen russischen Führer (georgischer Herkunft) angegriffen. Die sowjetischen Völker unter Führung der Russen aber haben die europäischen Faschisten besiegt (weshalb sie für immer die besten Antifaschisten sind). Und das, trotzdem all diese Ukrainer, Kaukasier und sonstigen Verrätervölker (die die Russen eigentlich lieben) mit den Faschisten kollaboriert haben. Nach dem Sieg über die Faschisten aber waren die Russen großzügig, haben allen verziehen, wie gute Eltern es eben mit ihren Sprösslingen, selbst den missratenen, tun, und sie alle lebten wieder brüderlich und schwesterlich in der nun noch größeren und noch mächtigeren Sowjetunion.

Das war die schönste Zeit der Sowjetunion, auch wenn die Führung nach dem großen Russen (georgischer Herkunft) immer weiter degradierte. Immer weniger ließen die Führer bei den Russen, immer mehr verteilten sie auf die (undankbaren) Brudervölker. Aber das war damals letztendlich unwichtig, denn alle lebten ja gemeinsam, friedlich in einem großen Vaterland. Und alle liebten einander. Und niemand klaut. Aus heutiger Sicht war diese späte Sowjetunion das Paradies. Sie war es trotz Knappheit und Langeweile. Sie war es wegen Knappheit und Langeweile. Wegen der Knappheit war sie so gerecht, wie der Kapitalismus (jetzt wissen wir es, damals wollten wir es nicht glauben!) ungerecht ist. Und weil sie groß war. Eine echte Großmacht. Gefürchtet. Dann haben die Amerikaner die große Sowjetunion zerstört. Aus Angst und aus Eifersucht. Zwar sind die Amerikaner blöd und schwach. Und die Russen sind klug und stark. Aber zu gutmütig. Einen Moment lang waren sie nicht wachsam genug und schon war es passiert. Die Amerikaner nutzten erst einen schwachen Generalsekretär (der den Russen das Trinken verbieten wollte, der Verräter!), um dann die Russen dazu zu bringen, sich einem ehemaligen Bezirksvorsitzenden der großen Kommunistischen Partei unterzuordnen (dem das Trinken sichtlich Freude bereitete). *Jener* Kommunistischen Partei, die von Juden gegründet worden war, um das große Russische Imperium zu Fall zu bringen, das noch besser als die Sowjetunion war, weil es russisch und rechtgläubig war (weshalb es ja von den Juden zerstört wurde).

All die Brudervölker, denen es in der Sowjetunion so gut gegangen war, und die eigentlich gar keine ech-

ten Völker waren, wurden unabhängig. O.k. nicht alle, aber die meisten. Und die, die unabhängig wurden, die wollten das eigentlich gar nicht, es wurde ihnen nur von den Amerikanern und ihren eigenen korrupten Eliten eingeredet (die gar keine richtigen Eliten waren, sondern kleine Banditenbanden, fast schon Faschisten). Von der Sowjetunion blieb allein die Russische Föderation, der der ehemalige Bezirksvorsitzende einredete, sie müsse nun auch unabhängig sein. Wovon und von wem eigentlich, weiß man nicht. Als Folge verarmte das arme Russland und alle fingen an zu klauen, was nicht niet- und nagelfest war. Und alles andere auch. Und verkauften alles den Amerikanern. Und den Europäern. Die führten sich auf, als hätten sie einen Krieg gewonnen. Dabei war es die Friedensliebe der Russen, die den Kalten Krieg beendet hatte, den der Westen nun immer weiter führte. Das war erniedrigend. Genauso wie das Trinken des sich nun Präsident nennenden ehemaligen Bezirksvorsitzenden, der auch noch das eigene Parlament beschießen ließ.

Im Land rührten sich weitere Verräter-Völker. Und es war noch erniedrigender, dass die guten, schlauen, brüderlichen und schwesterlichen Russen, die all diese Schlangen an ihrer Brust genährt hatten, damit nicht fertig wurden. So schwach waren sie. So erniedrigend war das.

Irgendwie besann sich der ehemalige Bezirkspartei-Komiteevorsitzende dann in seinem Suff zumindest für einen Moment und schlug den Russen einen Nachfolger vor, den alle sofort von ganzem Herzen lieb gewannen, weil er den ganzen Dieben aus der Zeit des ehemaligen Bezirksvorsitzendenpräsidenten auf die Finger haute und all die krummasigen Terroristen aus den Bergen noch bis auf den Abtritt verfolgte. Gleichzeitig und weil sie zu Hause nicht solche gesund-tatkräftig-markigen Präsidenten hatten, wollten viele der Brüdervölker (die ja eigentlich keine eigenen Völker sind) wieder zurück in die Sowjetunion. Da es die aber nicht mehr

gab, wollten sie mindestens in die Russische Föderation, die ja unter dem neuen Liebling-Präsidenten fast schon wieder so mächtig wie die Sowjetunion geworden war oder zumindest so gläubig wie das Russische Imperium, eigentlich aber wie beide zugleich, was noch besser war.

Weil die Amerikaner immer schwächer und dümmer wurden und es nicht ertragen konnten, dass der neue Liebling-Präsident Russland wieder groß machte, fingen sie an, die gesetzlichen Regierungen der Nachbarbrüdervölker (die ja eigentlich gar keine Völker sind) zu stürzen. Besonders eines, das brüderlichste der Brüdervölker tat sich da hervor. Die (blöden und schwachen) Amerikaner brachten das Volk (das kein Volk ist) also (zweimal) auf den Maidan, verteilten Kekse und stürzten (zweimal) den gesetzmäßigen Präsidenten. Aber da wachte der russische Teil dieses Nichtvolks auf und erinnerte sich, wie schön und warm es doch im Schoß von Mütterchen Russland gewesen war. Und der Liebling-Präsident half ihnen und empfing sie mit offenen Armen in der Russischen Föderation, der Erbin der großen Sowjetunion, geschaffen von den Juden, die dazu das Russische Imperium zerstört hatten.

Ist doch klar, dass die (immer blöderen und immer schwächeren) Amerikaner dieses neue Russland und seinen Liebling-Präsidenten hassen müssen. Wie ihre (weniger blöden aber noch schwächeren) europäischen Vasallen, die aber immerhin noch gerettet werden könnten, würden sie nur endlich erkennen, dass nicht die (immer blöderen und immer schwächeren) Amerikaner ihre wahren Freunde seien, sondern das große, warmherzige, friedliebende, einzigartige russische Volk mit seinem genialen Liebling-Präsidenten.

Ungefähr so war das.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Terroranschlag in Paris

Am späten Abend des 13. Novembers wurden an sechs verschiedenen Orten in Paris Terroranschläge verübt. Mehr als 130 Menschen wurden getötet, 90 Menschen schwer verletzt. In sozialen Netzwerken werden Kondolenzschreiben veröffentlicht. Als Zeichen der Solidarität haben viele Facebook-User ihre Fotos in französische Nationalfarben eingefärbt. Die ganze Welt trauert mit Frankreich. Russland zeigte ebenfalls seine Anteilnahme. In den staatsnahen Medien wurden jedoch schnell Erklärungen zu den Ursachen der Anschläge verbreitet: Dies sei nicht nur eine Vergeltung der radikalen Islamisten für den Militäreinsatz Frankreichs in Libyen, Syrien und dem Irak, zu denen die USA die Fünfte Republik gezwungen habe, sondern auch Konsequenz der Multikulti-Politik und der Toleranz in der französischen Gesellschaft. Auch in der russischen Blogosphäre häufen sich Äußerungen, dass es nur eine Frage der

Zeit war, bis Europa für seine Politik der offenen Grenzen einen bitteren Preis zu zahlen hätte. Mit diesen Gedanken spielt der orthodoxe Prediger Dionisij Posdnjajew auf der Online-Plattform »Orthodoxie und die Welt« (»Prawoslawije i mir«). Der Journalist der Wirtschaftszeitung »Kommersant«, Andrej Archangelskij, empört sich über die Art und Weise, in der der Kreml durch gesteuerte Medien den Anschlag in Paris instrumentalisieren. Der Nahost-Experte Alexander Schmeljow weist darauf hin, dass eine Abkehr von den europäischen Werten einen Sieg der Terroristen bedeuten würde. Der Blogger Alex Petrakow empört sich über die Heuchelei des Westens, der den Franzosen gegenüber Mitleid zeige und den Russen nach dem Anschlag auf ein Passagierflugzeug vor zwei Wochen lediglich ein diplomatisches Standard-Beileidschreiben habe zukommen lassen. Kirill Martynow, ein Kolumnist der »Nowaja Gazeta«, bezeichnet die Anschläge in Paris als Kriegserklärung und weist darauf hin, dass die Menschheit nach siebzig Jahren wieder vor einer gemeinsamen Gefahr stehe, die in einen Dritten Weltkrieg münden könnte. Der Oppositionelle Ilja Jaschin verurteilt den Militäreinsatz des Kreml in Syrien, mit dem Putin alle russischen Bürger zur Zielscheibe der Terroristen des Islamischen Staats gemacht habe. Der Ex-Oligarch Michail Chodorkowskij kritisiert ebenfalls die Politik Russlands im Nahen Osten und glaubt nicht, dass ein Bündnis mit dem Westen zur Bekämpfung der Terroristen entstehen könne, da das Putin-Regime sich nicht allzu sehr vom Islamischen Staat unterscheide.

Petrakow: Wo waren Sie alle vor zwei Wochen?

»[...] Sämtliche globalen Medien berichten live von dem Ort dieser fürchterlichen, tragischen Ereignisse. Die Weltführer sind einer nach dem anderen vor der Kamera beinahe in Tränen aufgelöst. Die Städte hüllen sich in die französischen Nationalfarben. Nein, nein, das ist alles richtig, das muss man machen. Warum haben Sie aber VERDAMMT NOCH MAL (!) all das nicht vor zwei Wochen getan?

Diejenigen, die Hollande gegenüber ihr Beileid bekunden, sollten sich daran erinnern, dass sie sich vor zwei Wochen auf ein nüchternes diplomatisches Telegramm an Moskau beschränkten. Obama und seine Minister grinsten und rissen sarkastische Witze nach dem Motto, das sei der Preis, den Russland für seine Selbständigkeit und dafür, dass es sich nicht in einem gemeinsamen Pferdestall befindet, zu zahlen habe. Niemand hat live berichtet. Niemand hat im Netz Solidaritäts-Flashmobs organisiert oder Trauer-Hashtags kreiert. Niemand hat Brücken und Gebäude in den Farben der russischen Fahne bemalt. Nur wir, die Russen, waren in Trauer. Und die Freunde Russlands. Die restliche Welt hat geschwiegen und tat so, als ob nichts geschehen sei.

Ich möchte es nicht und ich werde die Opferzahlen nicht vergleichen, genauso wenig wie ich die »richtigen« und »falschen« vergleichen möchte, die mehr oder weniger toleranten Bestien, die unschuldige Menschen in Paris getötet und mehr als zweihundert Passagiere und Bordpersonal der Fluglinie »Kogalymavia« in die Luft gesprengt haben. Die Haltung gegenüber den Toten und den Lebendigen aber will ich und werde ich vergleichen. Dazu habe ich das Recht. Deswegen bin ich kein Charlie, kein Pariser und kein Franzose. Deswegen werde ich mein Foto weder heute noch morgen in den Farben Frankreichs einfärben und auch keinen dunklen Hintergrund für mein Foto wählen oder Trauerkerzen anzünden. Obgleich ich verstehe, dass diejenigen, die das machen, es für richtig halten das zu machen, auch ein Recht dazu haben. Ich bin nicht ihr Richter. Ich habe ihnen nichts vorzuwerfen, wenn ihre Trauer und Anteilnahme aufrichtig und ungeheuchelt ist.

Ich möchte aber meinen Freunden und Followern Folgendes sagen: Das ist kein Rat, sondern eine Meinung, die man wahrnehmen oder auch, das verstehe ich, ignorieren kann. Bevor Sie öffentlich gemeinsam mit den Franzosen, mit Paris trauern, denken Sie darüber nach, wie Sie auf den Absturz der russischen Passagiermaschine, unserer Landsleute, reagiert haben. Wenn es genauso war, dann ok... Wenn Sie sich »wie immer« verhalten haben«, überlegen Sie, ob Sie im richtigen Land leben. Vielleicht sind Sie mehr Franzose, als Russe.«

Alexander Petrakow am 14.11.2015 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/alexpetrakov1980/posts/10203720453930820?pnref=story>>

Chodorkowskij: Man kann kein Verbündeter einer Gemeinschaft sein, wenn man die Werte der Gemeinschaft nicht teilt

»Heute zeigen alle normalen Menschen ihr Mitgefühl mit dem französischen Volk, das erneut von Terroristen attackiert wurde.

Vor kurzem wurden meine Mitbürger ähnlich angegriffen, und das war offenbar nicht das letzte Mal.

Wenn es auch noch keinen Krieg bedeutet, dann ist es zumindest sein Vorfeld, wenn auch in einer anderen Art, die sich von dem, was wir aus den letzten Jahrhunderten kennen, unterscheiden mag.

Das ist der Konflikt zweier Zivilisationen, der europäischen, die nach Jahrhunderten wechselseitigen Mordens das Leben des Menschen zum höchsten Gut erklärt hat, und einer anderen Zivilisation, die diese Werte nicht anerkennt

und den Menschen zuerst als Mittel zur Umsetzung anderer, für uns nachvollziehbarer oder nicht nachvollziehbarer Ziele hält. Auf welcher Seite steht eigentlich das russische Regime, das verkündet hat, es führe in Syrien einen Kampf gegen den »Islamischen Staat«? Die Antwort ist längst nicht offensichtlich [...]

Und wir, die Russen, müssen endlich begreifen: Wir sind Teil der europäischen Zivilisation, wir haben einen gemeinsamen Feind. Man kann nicht in demselben Lager sein und dabei die Werte der Gemeinschaft nicht teilen. Das endete schon einmal in einem Kalten Krieg zwischen ehemaligen Verbündeten, der mindestens drei Mal beinahe zum »heißen« [Krieg] geworden wäre.

Das Land, in dem sich Kadyrows als Herrscher sehen, unterscheidet sich kaum vom IS. Ein gemeinsamer Kampf gegen eine Zivilisation, die den Wert des menschlichen Lebens nicht anerkennt, muss mit der Anerkennung der Rechte und Freiheiten als höchstem menschlichen Gut beginnen, und nicht mit einer falschen »Großherrlichkeit des Staates.«
Michail Chodorkowskij am 14.11.2015; <<https://openrussia.org/post/view/10593/>>

Archangelskij: Vergeltung für die Freiheit. Wie werden Ursachen und Konsequenzen der Terroranschläge in Russland gesehen

»Freude zu empfinden angesichts eines möglichen Verzichts Europas auf demokratische Werte wäre nach Freud Kompensierung eines eigenen sozialen Misserfolgs. Da es bei uns selbst mit dem europäischen Leben »nicht geklappt hat«, möchte man nun denken, dass es prinzipiell bei niemandem klappen konnte. Wir wollen annehmen, dass die Demokratie ein Trugbild, eine Täuschung, eine Illusion der Menschheit sei. Dies geht auf eine noch grundlegendere russische Vorstellung zurück, nämlich dass die Idee politischer Freiheit an sich eine vorübergehende Anwendung, einen Irrtum darstelle. Der Drang nach Freiheit gilt in Russland üblicherweise als Krankheit, als Jugendsünde. Verzicht auf Freiheiten wird als ein natürliches Moment des Erwachsenwerdens angesehen. Eine in den Medien dominierende Idee lautet: Der Anschlag in Frankreich sei die »Vergeltung für den Unwillen erwachsen zu werden«. »Charlie Hebdo«, die Flüchtlinge, die Anschläge vom 14. November – nach all dem müsste dieses Frankreich »erwachsen werden«. Nun »werde dies Europa die Augen öffnen«, »vielleicht werde Frankreich es nun verstehen« und es werde sich dabei gleichzeitig aus der Abhängigkeit von den USA befreien [...]

Andrej Archangelskij am 15.11.2015 auf Facebook; <https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1003928629669311&id=100001565514705>

Martynov: Der Dritte Weltkrieg

»Massenhinrichtungen in Paris, Franzosen, die im Angesicht des brutalen Feindes die Marseillaise singen – diese Assoziationskette holt den Zweiten Weltkrieg zurück. Im Grunde hat die westliche Welt nun erstmals seit der Nazi-Zeit einen Feind, von dessen Vernichtung ihre Zukunft abhängt. Der IS ist sicherlich um etliches schwächer als Hitlerdeutschland auf dem Zenit seiner Macht, doch weist er eine ähnliche Ideologie auf: Die Idee von einem Großreich und die Vorstellung, dass diejenigen, die dieses nicht unterstützen oder sich nicht der richtigen Ideologie verschreiben, vernichtet werden.

Die Erfahrung zeigt, dass die westliche Zivilisation in solchen Situationen zwar widerstrebend, langsam, aber dennoch in den Krieg eintritt. Jetzt scheint es, als gäbe es die Möglichkeit zur Formierung der größten militärisch-politischen Koalition seit 1945. Auf die eine oder andere Weise werden sich der amerikanische Geheimdienst, die französische Fremdenlegion, die russischen Luftstreitkräfte, kurdische Aufständische der Peschmerga, die säkularen Regierungen des Nahen Ostens, der Zahal [Militär Israels, d. Red.], und sogar Indien in die Koalition einordnen. Von den großen Akteuren bleibt lediglich China außen vor. All diese Kerle sollten losziehen und den Scheichs und Imamen den Hintern versohlen. Enden sollte dies nicht nur mit der Vernichtung der Terroristen, sondern mit einem Militärtribunal nach Art des Nürnberger Prozesses.

Ich denke, dass es mittlerweile für uns Europäer keine akzeptablere Variante mehr gibt. Interessant ist, dass aus all dem folgt, dass Russland einfach dazu verdammt sein wird, für die nächsten Jahre ein westliches Land zu sein – der IS hat Russland keine Chance auf ein anderes Szenario gelassen, so sehr unsere Nazis dies auch gewollt hätten. Die letzteren haben jetzt ein rührendes Argument, sozusagen: »der Westen hat nun zu Ende gespielt und für den Multikulturalismus bezahlt«. Dieses Argument wird aus einem Zustand fortgeschrittener Demenz heraus formuliert, wegen derer bereits vergessen wurde, dass vor ein paar Wochen noch ein russisches Flugzeug in die Luft gesprengt worden ist.

Putin hat alle ausgespielt, auch sich selbst, in einem tiefen-psychoanalytischen Wortsinne: Wir wollten in Syrien zeigen, dass wir cool drauf sind und vor Papa (dem Westen) keine Angst haben. Schlussendlich jedoch sind wir dort vom allgemeinen Erdbeben erfasst und verschüttet worden, nun müssen wir ernsthaft wieder in die Familie zurückfinden.«
Kirill Martynov am 14.11.2015 auf Facebook <<https://www.facebook.com/kmartynov/posts/1098168596883574>>

Jaschin: Putin hat durch sein Abenteuer in Syrien alle Russen zu möglichen Opfer gemacht

»Jedem normalen Menschen wird es nach dem nächtlichen Albtraum in Paris schwerfallen, sich von den schlimmen Gedanken zu befreien, die unsere Perspektiven hier, in Russland betreffen. Die Wahnsinnigen des IS sind zu allem fähig. Aber ist unser Land bereit für diese Risiken, die der Staat mit den russischen Bombardierungen in Syrien eingegangen ist?

Es ist klar, dass Putin in Syrien nicht interveniert um gegen den IS zu kämpfen. Wenn er ernsthaft gegen den IS kämpfen wollte, hätten die russischen Streitkräfte sich der vereinten westlichen Koalition angeschlossen und so als geschlossene Front agiert.

Nein, Putin ist in Syrien angetreten, um in der Geopolitik mitzumischen und um Obama einen Dialog aufzuzwingen, und um die Agenda von der Ukraine in den Nahen Osten zu verlegen. Es ist alles klar: Solche primitiven Schachzüge durchschaut sogar jeder Erstsemester.

Hat Putin mit den Risiken gerechnet?

Nun zu Frankreich, das sich seit Langem dem IS entgegenstellt. Es verfügt über eine starke Armee und ernstzunehmende Geheimdienste. Es weiß, was Terroranschläge sind. Und dennoch ist es verwundbar – nur wenige Monate nach der Schießerei gegen »Charlie Hebdo« gab es ein solches Blutbad.

Russland weiß ebenfalls, was Terroranschläge sind. Sind unsere Geheimdienste fähig, das Land zu schützen? Da gibt es Zweifel. Die Praxis zeigt, dass der FSB im Großen und Ganzen nicht nur nicht dazu in der Lage ist, die Gesellschaft zu schützen, sondern auch nicht sich selbst. Erinnern Sie sich an die Aktion von Pawlenskij. Der Junge ist mit einem Kanister ungehindert zum Hauptgebäude des FSB im Zentrum der Hauptstadt spaziert, hat die Eingangstür mit Benzin übergossen und sie seelenruhig angezündet. Erst nach ein paar Minuten kam jemand angelaufen um ihn zu stoppen – und wer war das? Ein Verkehrspolizist!

Lasst es uns geradeheraus sagen: Putin hat in Syrien ein Abenteuer begonnen, das jeden Bürger Russlands zur potenziellen Zielscheibe von verbitterten, blutrünstigen Besessenen gemacht hat.

Geb's Gott, dass für dieses Abenteuer nicht erneut mit unschuldigen Leben bezahlt werden muss.«
Ilja Jaschin am 14.11.2015 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=926340024086310>>

Posdnjajew: Das ist keine Kriegserklärung, sondern der Beginn eines Krieges

»In Sicherheit kann man sich wahrscheinlich nirgendwo fühlen. Das ist im Prinzip kein Novum, dass es Kräfte gibt, die den Frieden zerstören wollen. Mit diesem Gefühl der Unsicherheit muss man heute leben. Es ist die Zeit der Aufmerksamkeit und des Vertrauens auf Gott. In solch einer Zeit wird der Mensch ernsthafter und begeht möglicherweise weniger Sünden.

Natürlich ist es eine Zeit des Gebets und das Nachdenkens darüber, dass sich der Krieg gegen Gott, gegen den Frieden, die Schönheit und Vernunft verschärft. In diesem Krieg soll man sich treu bleiben, den Kopf und den Mut nicht verlieren.

Im Moment kann man sagen, dass die Anschlagswelle vor allem die in der Gesellschaft verbreiteten Ideen des Multikulturalismus und der Toleranz getroffen hat. Im Bataclan haben die Terroristen mit Methode und dennoch wahllos erschossen, von Angesicht zu Angesicht; das ist eine Kampfansage. Eine Kampfansage an die Gesellschaft und an den Staat. Das ist keine Kriegserklärung, sondern bereits der Beginn eines Krieges.«

Dionisij Posdnjajew am 14.11.2015 auf Prawoslawije i Mir; <<http://www.pravmir.ru/teraktyi-v-parizhe-ne-obyavlenie-v-oynyi-a-ee-nachalo-prot-dionisij-pozdnyajev/>>

Schmeljow: Die Hauptgefahr für das moderne Europa

»Die Welt wird nie wieder wie früher sein.« »Es ist Krieg und wir müssen die Reihen schließen«, »Europa hat jetzt ausgespielt mit seiner Toleranz und seinem Multikulturalismus«. All diese Gedanken gehen jetzt durch die Köpfe von sehr vielen Menschen. Darin besteht die eigentliche Herausforderung, die die Terroristen an das jetzige Europa gerichtet haben: Verzichtet auf eure Werte der letzten Jahrzehnte, wendet euch in Richtung Archaismus und Militarismus, kommt zu uns zurück in die gute alte Welt der Kriege, Diktatoren und Vertikalen [der Macht]. Kann Europa dieser Herausforderung widerstehen? Noch ist es nicht klar. Man möchte aber darauf hoffen. Es ist die Europäische Union, und nicht die USA, Israel, Kanada oder Australien, ganz zu schweigen von allen anderen, die das Flaggschiff unserer Zivilisation darstellt. Seine Absage an die eigene Entwicklung in den letzten Jahrzehnten würde uns in eine noch größere Barbarei zurückwerfen. Genau das streben eben diese Terroristen an.«

Alexander Schmeljow am 14. 11. 2015 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/aashmelev/posts/998241730219147>>

6.–19. November 2015

06.11.15	Das Informationszentrum »Memorial« in Sankt-Petersburg wird vom Justizministerium auf die Liste »ausländischer Agenten« gesetzt. Das Ministerium geht davon aus, dass das Zentrum seit 2012 politischen Aktivitäten nachgeht, die nicht in der Satzung vorgesehen sind. Außerdem gab es, so das Ministerium, eine Finanzierung durch Mittel des »National Endowment for Democracy«.
06.11.15	Das französische Satiremagazin »Charlie Hebdo« veröffentlicht zwei Karikaturen, die sich mit dem Absturz eines Flugzeugs der Fluggesellschaft »Metrojet« (»Kogalymavia«) vom Typ A 321 in Ägypten befassen. Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, bezeichnet die Karikaturen als Frevel, der nichts mit Demokratie oder Meinungsfreiheit zu tun habe.
06.11.15	Sitzung der ständigen Mitglieder des russischen Sicherheitsrates. Themen sind der Einsatz der russischen Luftstreitkräfte in Syrien sowie Provokationen auf beiden Seiten der Waffenstillstandslinie im Donbass. Auch über die allgemeine Sicherheit in der russischen Luftfahrt wird diskutiert.
06.11.15	Präsident Wladimir Putin ordnet an, alle regulären Flugverbindungen von und nach Ägypten bis auf weiteres einzustellen und folgt damit einer Empfehlung des Nationalen Anti-Terror-Komitees. Nach Angaben der russischen Tourismusbehörde »Rosturism« befinden sich ca. 80.000 russische Touristen in Ägypten.
07.11.15	Der Parteivorsitzende der Partei »Jabloko«, Sergej Mitrochin, wird während einer Gedenkveranstaltung zum Widerstand gegen die Bolschewiki 1917 festgenommen. Mitrochin hatte versucht, am Gebäude des Generalstabs eine Gedenktafel anzubringen und wurde von der Polizei gewaltsam daran gehindert.
07.11.15	In Nowyj Chuschet (Republik Dagestan) erschießen Spezialkräfte einen mutmaßlichen Untergrundkämpfer. Der Getötete soll Anführer einer bewaffneten Gruppierung aus Machatschkala gewesen sein.
08.11.15	Im Zuge von Medienrecherchen über Doping in der Leichtathletik wird berichtet, dass der russische Leichtathletikverband (VFLA) den ehemaligen Präsidenten des Internationalen Leichtathletik-Weltverbands (IAAF) bestochen habe, um positive Dopingresultate russischer Athleten zu vertuschen. Zahlreiche gedopte russische Athleten konnten sich so ihre Teilnahme an den olympischen Spielen 2012 erkaufen. Auch staatliche Stellen, wie das russische Anti-Doping-Zentrum, hätten den Betrug mitgetragen.
09.11.15	Der Aktionskünstler Pavel Pawlenskij wird festgenommen, nachdem er die Portaltür des FSB-Gebäudes auf dem Lubjanka-Platz angezündet hatte. Die Aktion sollte das »Tor zur Hölle« symbolisieren. Das Video wurde über Twitter verbreitet. Pawlenskij fordert den Untersuchungsrichter nach der Aktion auf, seine Tat als »Terrorismus« einzustufen. Die Behörden erheben jedoch Anklage wegen »Vandalismus«.
09.11.15	Russland und der Iran unterzeichnen erneut einen Vertrag über die Lieferung von Raketenabwehrsystemen vom Typ S-300. Iran hatte das Raketenabwehrsystem bereits vor Jahren bestellt und bezahlt; die Vereinbarung war jedoch unter das gegen den Iran verhängte Waffenembargo gefallen. Iran hatte daraufhin beim Genfer Schiedsgericht geklagt und von Russland 4 Milliarden Dollar Entschädigung gefordert.
09.11.15	In Sotschi finden mehrtägige Beratungen zur Entwicklung der russischen Streitkräfte und des militärisch-industriellen Komplexes statt, an denen auch Präsident Wladimir Putin teilnimmt. In diesem Kontext kündigt Präsident Wladimir Putin an, dass Russland als Reaktion auf den Ausbau des amerikanischen Raketenabwehrsystems Gegenmaßnahmen treffen werde und an einem schlagkräftigen System arbeite, das jede Form von Raketenabwehr überwinden könne.
10.11.15	In Kiew beginnt der Strafprozess gegen die beiden russischen Staatsangehörigen Aleksandr Aleksandrow und Jewgenij Jerofejew, denen terroristische Aktivitäten auf ukrainischem Territorium vorgeworfen werden. Die beiden Männer erklären, für die Milizen der »Volksrepublik Luhansk« gekämpft zu haben. Sie waren im Mai im ukrainischen Gebiet Luhansk in Kriegsgefangenschaft geraten.
10.11.15	Das oberste Gericht Russlands erklärt das Dekret des Präsidenten zur Geheimhaltung von Todesfällen von Militärangehörigen in Friedenszeiten für rechtmäßig. Damit weist das Gericht eine Berufungsbeschwerde ab. Geklagt hatten mehrere Journalisten, Anwälte, der ehemals wegen Spionage angeklagte Grigorij Pasko, die ehemals wegen Landesverrats beschuldigte Swetlana Dawydowa und das Mitglied der Abgeordnetenversammlung des Gebietes Pskow, Lew Schlosberg.
10.11.15	Nach Angaben des Nationalen Anti-Terror-Komitees wird in der Stadt Naltschik (Kabardino-Balkarien) der Anführer der lokalen Gruppe des »Islamischen Staates«, Robert Sankischijew, von Spezialkräften getötet. Sankischijew soll unter anderem zwischen 2014 und 2015 für den Tod von Mitarbeitern der regionalen Staatsanwaltschaft und der Innenverwaltung verantwortlich sein.
10.11.15	Der Vorstandsvorsitzende der »Gazprombank«, Andrej Akimow, teilt angeblich der Nachrichtenagentur Reuters mit, dass Katerina Tichonowa, Vorsitzende der Stiftung »Innopraktika« und beteiligt an der Förderung von milliardenschweren Projekten an der Moskauer Staatlichen Universität, die Tochter von Präsident Wladimir Putin sei. Dies wird umgehend von der Presseabteilung der Bank und Akimow selbst dementiert. Zuvor war bekannt geworden, dass das gemeinsame Vermögen von Tichonowa und ihrem Mann Kirill Schamalow, der Anteile am Petrochemie-Unternehmen »Sibur« hält, rund zwei Milliarden Dollar betrage.

10.11.15	Sportminister Witalij Mutko teilt mit, dass der Direktor des Moskauer Antidoping-Zentrums, Grigorij Rodtschenkow, zurückgetreten ist. Dies geschah im Zusammenhang mit der Kritik der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) an der russischen Dopingpraxis. Die WADA hatte gefordert, dass das Moskauer Zentrum über die Aktivitäten seiner Labore Rechenschaft ablege. WADA empfahl darüber hinaus dem Moskauer Zentrum die Lizenz zu entziehen und die russischen Athleten aus den Wettbewerben der IAAF auszuschließen.
11.11.15	Vertreter der freien syrischen Opposition weisen Vorschläge Russlands zur Regulierung des Konflikts in Syrien zurück. Nach Angaben von Reuters sind sie der Ansicht, dass die russische Regierung Präsident Baschar al-Assad an der Macht halten und die Opposition isolieren wolle. Ein 8-Punkte Plan zur Regulierung des Konflikts, der von der russischen Seite im Vorfeld der zweiten Runde multilateraler Gespräche in Wien erarbeitet wurde, war vorzeitig an die Öffentlichkeit geraten.
11.11.15	Die Außenminister Russlands und der USA, Sergej Lawrow und John Kerry, tauschen sich erneut zur Syrien-Frage aus. Dies geschieht in Vorbereitung auf ein Treffen, das am 14. November in Wien stattfinden soll, um einen Dialog zwischen der syrischen Regierung und Opposition herzustellen.
11.11.15	Nach Angaben von Dmitrij Peskow, des Pressesprechers des russischen Präsidenten, sind geheime Unterlagen zu neuen Waffensystemen ins russische Fernsehen gelangt. Während der Live-Übertragung von Beratungen zu militärtechnischen Fragen in Anwesenheit des Präsidenten seien diese Daten, die auf einer Power-Point-Präsentation zu sehen waren, versehentlich mitgefilmt worden.
12.11.15	Der 44. Hilfskonvoi des russischen Katastrophenschutzministeriums ist auf dem Weg in die Region Donbass. Die rund 100 LKWs haben 1100 Tonnen humanitäre Hilfsgüter geladen.
12.11.15	Der Menschenrechtsrat beim Präsidenten führt eine eigene Überprüfung des Menschenrechtszentrums »Memorial« durch. Der Vorsitzende des Rates Michail Fedotow erklärt, dass der Rat dieselben Unterlagen prüfen werde, die das Justizministerium bei seiner Prüfung im Oktober untersucht habe. Das Ministerium hatte dem Menschenrechtszentrum eine Frist bis zum 21. Dezember gesetzt, um alle bei der Überprüfung festgestellten Regelwidrigkeiten zu beseitigen. Darüber hinaus hat das Justizministerium das Menschenrechtszentrum »Memorial« beschuldigt, durch die Förderung einer negativen öffentlichen Meinung zur Politik der Staatsführung die Verfassungsordnung Russlands zu unterminieren und sich für einen Sturz der derzeitigen Regierung einzusetzen.
13.11.15	Sitzung der ständigen Mitglieder des russischen Sicherheitsrates. Themen sind soziale und Wirtschaftsfragen auf nationaler Ebene sowie der internationale Kampf gegen den Terrorismus.
13.11.15	Die niederländische Organisation »Stichting Administratiekantoor Financial Performance Holdings« teilt mit, dass sie einen Entschädigungsfonds für ehemalige Jukos-Aktionäre in Höhe von derzeit 337 Millionen US Dollar eingerichtet hat. Ein Recht auf Entschädigung haben alle Aktionäre, die ihre Aktien zwischen 2003 und 2007 erworben haben. In den Fonds werden Einkünfte aus der Liquidierung von Aktiva im Zuge der Einigung zwischen der Jukos-Gruppe und Rosneft im März 2015 fließen.
13.11.15	Bei einem russlandweiten Wettbewerb der Regierung werden die Städte Krasnodar, Barnaul, Uljanowsk, Kaluga und Tula zu den komfortabelsten Städten Russlands gekürt. Ziel des jährlichen Wettbewerbs ist es, die lokalen Selbstverwaltungen anzuhelfen, die kommunale Wohninfrastruktur zu entwickeln und zu verbessern.
14.11.2015	Der Rat des Leichtathletik-Weltverbandes IAAF beschließt, die Teilnahme russischer Leichtathleten an internationalen Wettbewerben zu suspendieren. Dadurch könnte russischen Athleten verwehrt werden, an den kommenden Olympischen Sommerspielen in Rio de Janeiro teilzunehmen.
14.11.2015	In Wien findet das zweite multilaterale Außenministertreffen zur Lösung der Syrienfrage statt. Vertreter aus 20 Ländern, der Arabischen Liga, der EU sowie der UN verhandeln über eine politische Lösung des Konfliktes.
14.11.2015	Im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in Paris werden in Russland nach Angaben des Nationalen Anti-Terror-Komitees die Sicherheitsmaßnahmen im ganzen Land verstärkt sowie Anti-Terror-Einheiten alarmiert.
15.– 16.11.2015	In der türkischen Stadt Antalya findet ein zweitägiges Gipfeltreffen der »G 20« statt. Es geht um die Entwicklung der Weltwirtschaft, das Weltklima sowie die Flüchtlingsfrage. Im Zusammenhang mit den Anschlägen in Paris wird vor allem über den internationalen Kampf gegen den Terrorismus gesprochen. Präsident Wladimir Putin trifft am Rande des Treffens mit den Staatschefs der BRICS-Staaten, der Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) Christine Lagarde und zahlreichen Staats- und Regierungschefs zu bilateralen Gesprächen zusammen (u. a. mit Kanzlerin Angela Merkel).
16.11.2015	In Russland wird ein Konkurrenzprodukt zu »Microsoft Office« vorgestellt, das ab sofort zum Verkauf steht. Das Programm »My office« soll vor allem russlandweit für Schulen und Bildungseinrichtungen angeschafft werden. Ab 2016 soll allen staatlichen Einrichtungen der Kauf von ausländischer Software verboten werden, es sei denn, es existiert kein russisches Äquivalent.

16.11.2015	Beim Prozess gegen Nadja Sawtschenko werden Zeugen angehört. Der Anwalt der ukrainischen Pilotin, Mark Fejgin, fordert den Ermittler der staatlichen Strafverfolgungsbehörde, Dmitrij Manschin, als Zeugen einzuberufen. Das Gericht gibt dem Antrag nicht statt. Fejgin stellt ein 40-bändiges Akten-Archiv zu dem Prozess ins Internet. Ziel sei es die Dokumente über das Internet zu verbreiten und so der Öffentlichkeit einen besseren Einblick in den Fall zu geben.
17.11.2015	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass über einen neuen Verteidigungsplan für den Zeitraum 2016–2020. Putin hatte im Rahmen der Gespräche zur Entwicklung der russischen Streitkräfte Anfang November von den Notwendigkeit gesprochen, die verteidigungspolitischen Richtlinien der sich schnell wandelnden internationalen Sicherheitslage anzupassen. Der Verteidigungsplan behandelt aktuelle nationale Sicherheitsrisiken sowie Pläne zur Einsatzbereitschaft und ist neben der Militärdoktrin eines der wichtigsten strategischen Dokumente Russlands.
17.11.2015	Präsident Wladimir Putin leitet eine Beratung über die Ermittlungsergebnisse zum Absturz des A-321 einer russischen Fluggesellschaft. Zu den Teilnehmern gehören auch Verteidigungsminister Sergej Schojgu, der Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB Aleksandr Bortnikow, der Generalstabschef der russischen Streitkräfte General Valerij Gerasimov, Außenminister Sergej Lawrow sowie der Chef des Auslandsgeheimdienstes (SWR) Michail Fradkow. Aleksandr Bortnikow hatte zuvor bereits berichtet, dass der Absturz des Airbus A-321 über der Sinai-Halbinsel Folge eines Terroranschlags war. Es seien 50 Millionen Dollar für Hinweise auf die Täter ausgeschrieben worden. Außerdem seien alle Staaten aufgerufen worden, Hilfe bei den Ermittlungen zu leisten.
17.11.2015	Russische Einheiten fliegen Luftangriffe auf die syrische Stadt Rakka, die als Islamistenhochburg gilt. Neben dem Einsatz von strategischen Bombern werden auch Marschflugkörper des Typs »Kalibr« von U-Booten im Mittelmeer abgefeuert.
17.11.2015	Die Präsidenten Russlands und Frankreichs, Wladimir Putin und François Hollande, einigen sich im Zuge der Ereignisse von Paris während eines Telefongesprächs darauf, die Aktivitäten ihrer Geheimdienste und Streitkräfte im Kampf gegen die islamische Terrormiliz »IS« zu koordinieren sowie einen Plan für gemeinsame Angriffe in Syrien zu erstellen.
17.11.2015	Russland fordert den UN-Sicherheitsrat auf, unverzüglich eine Resolution über die Schaffung einer breiten Anti-Terror-Koalition zu verabschieden. Die russische Seite legt dazu einen Resolutionsentwurf vor.
18.11.2015	Nach Ermittlungsergebnissen des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB befand sich die Bombe, die für den Absturz der russischen Passagiermaschine verantwortlich war, nicht wie zunächst angenommen im Frachtraum der Maschine sondern versteckt unter einem Sitz in der Kabine.
18.11.2015	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass zur Einsetzung einer ressortübergreifenden Kommission zur Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung. Ziel der Kommission sei die Identifizierung von Personen, die Kontakte zu terroristischen Organisationen haben und zu deren Finanzierung beitragen.
19.11.2015	Der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft »Memorial«, Arsenij Roginskij, wendet sich an den Justizminister Alexander Konowalow mit der Bitte, den Bescheid, der die Gesellschaft »Memorial« beschuldigt, die Fundamente der Verfassung zu untergraben und zum Sturz der politische Führung aufzurufen, zurückzuziehen. Roginskij zufolge beschädigt der Bescheid nicht nur die Organisation, sondern auch die Glaubwürdigkeit der Verfassung.
19.11.2015	Das Außenministerium teilt mit, dass 2.719 russische Staatsbürger in Syrien auf Seiten des »Islamischen Staates« kämpfen. Davon seien 160 getötet, 73 nach der Rückkehr vor Gericht gestellt und weitere 36 festgenommen worden.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php